Marianne Wilke erhält das Bundesverdienstkreuz

Ehrung einer großen Lebensleistung

Überraschende Post erhielt die Ehrenvorsitzende und langjährige Landesvorsitzende der VVN-BdA Schleswig-Holstein Marianne Wilke von der Landesregierung aus Kiel.

Sie erhält das »Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland«, wie es offiziell und etwas umständlich heißt. Am 30.März um 16 Uhr bekommt sie die Auszeichnung aus der Hand des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig. In der Begründung zur Verleihung der Auszeichnung heißt es u.a. »Marianne Wilke hat sich über Jahrzehnte herausragende Verdienste in der Erinnerungsarbeit erworben und zeigt ein nachhaltiges Wirken im Kampf gegen Rechtsextremismus. (...) Sie tritt stets dafür ein, dass das historische Geschehen vor allem im Gedächtnis künftiger Generationen wach gehalten wird.«

Etwas despektierlich könnte man sagen: »Endlich! Das wurde aber auch Zeit, dass endlich auch Menschen wie unsere Marianne die ihnen zukommende staatliche Anerkennung erfahren!«

Jetzt aber heißt es erst einmal: »Herzlichen Glückwunsch, liebe Marianne, zu dieser Auszeichnung. Wir freuen uns mit dir über diese Anerkennung deiner Lebensleistung!«

Und zu dieser Lebensleistung gehört einiges! Marianne wurde am 29. Juli 1929 in Hamburg geboren. Ihr Vater stammte, anders als ihre Mutter, aus einer jüdischen Familie. Marianne galt also als »Halbjüdin«, wie es im widerwärtigen Nazijargon hieß. Ab 1943 musste Marianne die Schule verlassen. Sie arbeitete bis Anfang 1945 als Hausmädchen. Dann erhielt sie den Befehl, sich im KZ Neuengamme zu melden, doch in den Wirren des Kriegsendes konnte Marianne bei Freunden untertauchen. Einem Teil ihrer Familie gelang nach der Reichspogromnacht die Auswanderung nach England. Ihre Großeltern Henriette und Philipp Lehmann dagegen wurden wie auch andere Angehörige der großen Familie nach Riga verschleppt und dort vermutlich von der SS erschossen. Mariannes Vater überstand die KZ-Haft im KZ Theresienstadt und kehrte nach der Befreiung durch die Rote Armee nach Hamburg zurück. Marianne machte nach dem Krieg eine Ausbildung als Kindergärtnerin. Seit 1952 ist sie mit dem Redakteur Günther Wilke verheiratet und lebt in Wedel bei Hamburg. Die beiden haben drei Söhne und mehrere Enkel und Urenkel.

Für Marianne war und ist es selbstverständlich, sich politisch zu engagieren. Sie ist ebenso wie ihr Günther Kommunistin und Antifaschistin. Der Schwerpunkt ihres Engagements galt und gilt aber immer der VVN und später der VVN-BdA. Von 1995 bis 2007 war sie Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein. 2013 schließlich wählte die Landesdelegiertenkonferenz Marianne zu unserer Ehrenvorsitzenden.

Darüber hinaus engagiert sich Marianne in zahlreichen Vereinen und Verbänden. Sie ist Mitbegründerin der Friedenswerkstatt Wedel und arbeitet im Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit mit. Sie gehört dem Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Ladelund an und rief zusammen mit Günther und anderen Mitstreitern aus der Friedensbewegung die Initiative »Blumen für Gudendorf« ins Leben, die alljährlich in der zeitlichen Nähe des 8. Mai der im Kriegsgefangenen-Lager Gudendorf gequälten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter gedenkt. Natürlich ist sie auch alljährlich beim Wedeler Ostermarsch dabei. Als einen ganz wesentlichen Aspekt ihrer Tätigkeit sieht Marianne ihre Aufgabe als Zeitzeugin. Immer wieder spricht sie vor Jugendlichen in Schulen, Jugendzentren und Hochschulen über ihre Erfahrungen in der Nazizeit. Auch beim Fan-Projekt des FC St. Pauli war sie zu Gast. Auf dem Hamburger Kirchentag ebenso wie auf der Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Berlin wirkte sie u.a. mit Steffi Wittenberg an einem Theaterprojekt mit. Auch vor 250 in der Ausbildung stehenden Polizist/-innen aus Hamburg sprach sie über ihre Jugendzeit, aber auch über die wichtigen Schlussfolgerungen für die Gegenwart. Nie tritt Marianne gegenüber ihren Zuhörer/-innen belehrend auf. Gerne sucht sie das Gespräch und nimmt Fragen oder auch kritische Anmerkungen ernst. Ganz typisch für Marianne ist ein Zitat der Musikgruppe »Die Ärzte«, mit dem sie ihre Ausführungen, gerichtet an das meist jugendliche Publikum, beendet: »Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt so ist, wie sie ist, es wär` nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!«

Hartmut Büchsel

Inhalt



Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«

Termine im März/April

Lübeck: ver.di, 5./6. März

Halle: »Respekt AUF Laden«, 16. bis 22. März

Chemnitz: »Das Tietz«, bis 19. März

Crivitz: Wahlkreisbüro Borchart, 20. März bis 1. Mai

Prora: Dokumentatonszentrum Prora, 16. April bis 25. Juni

Endlich: Die Bundeskommission Frieden/ Antimilitarismus nimmt die Arbeit auf.

Am 21. Februar kamen 13 Kamerad/-innen aus zehn Bundesländern zur ersten Sitzung der Kommission zusammen. In der Vorstellungsrunde wurde deutlich, dass es in den meisten Ländern bisher keine eigenständige Arbeit zum Thema Frieden/ Antimilitarismus gibt. Einige Landesvereinigungen (BaWü, NRW) gehören »traditionell« zu den Trägern der Friedensbewegung in der Region, in allen anderen Ländern und Kreisen gehören Kamerad/-innen zu den Aktivisten der Friedensbewegung, treten dort aber i. d. R. nicht als Vertretung der VVN-BdA auf. Das soll sich ändern.

Nach einem grundsätzlichen Referat von Ulli Sander und ausführlicher Diskussion im Anschluss wurde beschlossen, dass wir mit der nächsten Sitzung am 5. Juli mit der Produktion von Materialien beginnen wollen. Themen sollen zunächst v. a. die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und der Zusammenhang von Kriegen und Fluchtbewegungen sein.

Im Idealfall liegt erstes eigenes Material dann schon zum Antikriegstag am 1. September vor. Natürlich wünscht sich die Kommission, dass dadurch die antimilitaristische Arbeit in Ländern und Kreisen beflügelt wird.

Cornelia Kerth

Am 31. März wird Prof. Dr. Heinrich Fink 80 Jahre alt

Unbeugsam und unermüdlich

Der Bundesausschuss und der Sprecherrat der VVN-BdA gratulieren ihrem langjährigen Vorsitzenden und nunmehrigen Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Heinrich Fink herzlich zu seinem Jubiläum. Ohne Heinrich Fink wären wir nicht die, die wir geworden sind. Seit er im Jahr 1990 den BdA in den neuen Bundesländern mit gegründet hat, hat er die Politik und das Gesicht des organisierten Antifaschismus in der Bundesrepublik mit geprägt. Sein Blick war anders als der der meisten aus unseren Reihen. Das hat dazu beigetragen, dass wir Toleranz im Umgang miteinander lernten, die wir schließlich auch mit unseren Bündnispartnern nach draußen brauchten.

Heinrich Fink hat uns vorgelebt, dass christliche Nächstenliebe nichts anderes heißt, als praktizierte Solidarität und Menschlichkeit. Mit Vorträgen zu antifaschistischen Themen ist er über die Jahre quer durch die ganze Bundesrepublik gereist und hat mit ihnen viele Menschen auch außerhalb des klassischen Antifa-Spektrums erreicht. Sein Buch »Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde«, unterdessen in der 3. Auflage erschienen, bleibt ebenfalls weiter in der Diskussion.

Im Kampf gegen seine Abberufung als Rektor der Humboldt-Universität skandierten die Studenten vor 25 Jahren: »Unseren Heiner nimmt uns keiner!« Das wünschen wir uns alle und ihm vor allem Gesundheit, Kraft und Lebensfreude.

Herzlichen Glückwunsch, Heiner. Wir machen weiter!

Erklärung der Lagergemeinschaften, Komitees und Interessenverbände ehemaliger Häftlinge zum 70. Jahrestag der Befreiung

Erbe antreten – Vermächtnis weitertragen

Vor 70 Jahren wurden die Häftlinge der Konzentrationslager durch Angehörige der sowjetischen, amerikanischen, britischen, französischen und polnischen Streitkräfte befreit.

Am 19. April 1945 versammelten sich ehemalige Häftlinge des selbstbefreiten Konzentrationslagers Buchenwald zu einer Trauerkundgebung für ihre ermordeten Kameraden und erklärten feierlich:

»Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.«

Der Schwur von Buchenwald ging in die Geschichte ein. Ehemalige Häftlinge anderer Konzentrationslager, wie Auschwitz, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen schlossen sich ihm an. Nach ihrer Befreiung haben die ehemaligen Häftlinge Interessenverbände aufgebaut und deren Arbeit jahrzehntelang maßgeblich gestaltet. Sie haben sich in den zurückliegenden 70 Jahren immer wieder dafür engagiert, eine Wiederkehr ähnlicher Verbrechen zu verhindern. Sie brachten insbesondere jungen Menschen ihre Erlebnisse und Erfahrungen in den Lagern nahe. Sie erzählten von dem Leid, das sie in ihrer eigenen Jugend erfahren mussten, von ihrem Widerstand und dem ihrer verstorbenen und ermordeten Kameradinnen und Kameraden. Besonders wichtig war es ihnen, an die Ursachen für diese Verbrechen zu erinnern und die Täterinnen und Täter beim Namen zu nennen.

In ihrem Vermächtnis »Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen« vom 25. Januar 2009 erklärten KZ-Überlebende, die die internationalen Komitees von neun Lagern vertraten, öffentlich: »(…) Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft. (…) Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen. …«

Wir, die Freunde und Mitstreiter, die Hinterbliebenen und Angehörigen der ehemaligen Häftlinge sowie alle bei uns Engagierten, zusammengeschlossen in den vielfältigen Interessengruppen, Komitees, Lagerarbeitsgemeinschaften, Lagergemeinschaften, Initiativgruppen und Freundeskreisen, erklären aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager, dass wir dieses Erbe schon lange angetreten haben und das Vermächtnis weitertragen werden. Wir verstehen uns als Bestandteil jener Kräfte, die die Erinnerungskultur in Deutschland und auch international mitgestalten sowie kritisch und engagiert begleiten. Daher fordern wir einen gleichberechtigten Platz in den Gremien der für die Gedenkstätten zuständigen Stiftungen und Institutionen.

Wir werden gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Häftlings- und Opferverbände, der jüdischen Gemeinden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Schwulen- und Lesbenverbände, der »Euthanasie«-Geschädigten, die seit vielen Jahrzehnten andauernde Arbeit fortsetzen. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um das Vermächtnis unserer Freundinnen und Freunde, unserer Kameradinnen und Kameraden, unserer Eltern und Großeltern nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Ihre Erfahrungen und ihr Leiden, ihr Widerstandsgeist und ihre Solidarität, ihr Kampf und ihre Freude am Leben sind uns Ansporn und Verpflichtung.

Ihre zentrale Forderung tragen wir weiter: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

26. Januar 2015

Unterzeichnende Verbände:

- Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer e.V.
- Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V.
- Lagergemeinschaft Dachau e.V.
- Deutsches Mauthausenkomitee Ost e.V.
- Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V.
- Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis e.V.
- Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg e.V.
- Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Unterstützer:

- Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Mannheim – Ludwigshafen:

Solidaritätskundgebung über den Rhein

Am 8. Februar wollten in unserer Schwesterstadt Ludwigshafen rechte Hooligans des Vereins »Gemeinsam stark Deutschland e. V.« eine Demonstration durchführen. Der Verein in Gründung, eine Abspaltung der HogeSa (Hooligans gegen Salafisten), wollte am Jahrestag der ersten Demonstrationen von Hooligans gegen den salafistischen Prediger Pierre Vogel in Mönchengladbach, unter positiver Bezugnahme auf die rassistischen HogeSa-Krawalle kurz darauf in Mannheim, eine Machtdemonstration ihrer Bewegung in Ludwigshafen vollziehen. Dies misslang gründlich!

Schon im Vorfeld wurde die Mobilisierung der Hooligans durch das begrüßenswerte Verbot der Demonstration durch die Stadt Ludwigshafen gestört. Nachdem dann, in einer juristischen Auseinandersetzung, das Oberverwaltungsgericht Koblenz der Stadt Ludwigshafen das Demonstrationsverbot bestätigte, blieb den gewaltbereiten Hooligans und Nazis lediglich eine stationäre Kundgebung am ohnehin unattraktiven Ludwigshafener Hauptbahnhof. Auch der Auftritt der Nazi-Band »Kategorie C« blieb verboten.

Die Demonstration von »Mannheim gegen rechts« war einerseits Ausdruck der Solidarität und Unterstützung mit den antirassistischen Gegenprotesten in Ludwigshafen – wie dem Bürgerfest am Theaterplatz und den weiteren Kundgebungen – andererseits wollten wir allen Mannheimern/Mannheimerinnen und allen Menschen aus der Region eine sichere Möglichkeit bieten, nach Ludwigshafen zu kommen, da immer damit zu rechnen ist, dass Hooligans und Nazis mit Gewalt gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vorgehen. Dieses Ziel verfolgten mit uns 700 Menschen.

In Ludwigshafen wurde der Demonstrationszug aus Mannheim vor dem dortigenGewerkschaftshaus begeistert empfangen. Es schlossen sich der Demonstration ca. 120 Kollegen/Kolleginnen vom »Netzwerk gegen rechte Gewalt und Rassismus Ludwigshafen-Vorderpfalz« an, die mit uns gemeinsam die letzten Meter durch die Kaiser-Wilhelm-Straße zum Theaterplatz gingen, wo unsere Demonstration endete und in das



dort stattfindende Bürgerfest »LU bunt statt braun« überging.

Die Forderung, in Hör- und Sichtweite zu demonstrieren, gehört auch in Mannheim und in vielen anderen Städten zur Praxis im Widerstand gegen Nazis, Rassisten/-innen und Faschisten/-innen.

Aus Ludwigshafen wurde uns berichtet, dass vor allem junge Menschen, die versuchten, ihren Protest in Hör- und Sichtweite der Hooligans zu äußern, festgenommen wurden. Wir halten den Wunsch, sich rassistischen Aufmärschen direkt und lautstark entgegenzustellen, für ebenso wichtig und berechtigt wie den, sich einem Bürgerfest anzuschließen – konfrontativ und vielfältig im Dagegen-Sein, aber gewaltfrei.

Mannheim gegen rechts

Krieg beginnt hier!

Unsere Verantwortung heißt Frieden!

Das ist das Motto, unter dem im kommenden halben Jahr eine Reihe großer Friedensaktionen in Stuttgart stattfinden sollen. Darauf einigte sich eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1. Februar:

- 4. April: Ostermarsch am US EUCOM
- 9. Mai: Demonstration und Kundgebung zum Tag der Befreiung
- 6. Juni: Menschenkette für den Frieden durch die Stuttgarter Innenstadt
- 7. bis 8. Juni: Aktionen gegen den G7-Gipfel

Redaktion dieser Seite:
Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Keine Chance für »Stupida« in Stuttgart

Gemeinsam gegen Rassismus und Hetze

185 Organisationen hatten aufgerufen, unter ihnen Gewerkschaften, Grüne, Linke, SPD und auch die VVN-BdA. Nach Polizeiangaben kamen 8.000 Menschen, nach unserer Zählung ungefähr 10.000 am frühen Montagabend, den 5. Januar, auf den Stuttgarter Schlossplatz, um gegen Pegida, Rassismus und rechte Hetze zu demonstrieren – unter ihnen auch Flüchtlingsorganisationen. Die vom Verein »Die Anstifter« initiierte Abendveranstaltung war geprägt von demonstrativem Zusammenstehen über politische Differenzen hinweg. Konservative Kräfte wie die CDU oder die FDP fehlten jedoch. Letztere hielt am Vorabend ihres Dreikönigstreffens nicht weit entfernt in der Liederhalle einen Südwest-Parteitag ab.

»Wir wollen in Stuttgart Zeichen setzen für Toleranz und Anerkennung. Wir wollen Zeichen setzen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit«, hieß es in dem Aufruf. Ein syrischer Flüchtlingschor begrüßte die Versammelten mit »Freude schöner Götterfunken« in der Abenddämmerung auf dem Schlossplatz.

Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) war der nicht unumstrittene Hauptredner der vorbeugenden Protestveranstaltung. Er nannte die Behauptung, in Deutschland drohe eine Islamisierung, »Quatsch in Reinform«. Wer die Pegida-Bewegung gutheiße, mache sich zum Wegbereiter von Faschisten und Rechtsradikalen, wandte er sich ausdrücklich auch an die AfD, die mit drei Stadträten im Stuttgarter Gemeinderat vertreten ist. »Es geht nicht um die Frage, ob wir die Flüchtlinge unterbringen, sondern nur darum, dass wir sie so gut und menschenwürdig aufnehmen wie möglich«, betonte er.

Andreas Linder, Geschäftsführer des Landesflüchtlingsrates, ordnete die derzeitige Asylpolitik ein. Zwangsläufig goss er damit Wasser in den Wein. Er kritisierte nicht nur die europäische Flüchtlingspolitik, sondern auch die Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zur Einordnung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Drittstaaten, was zur schnelleren Abschiebung vornehmlich von Roma führt. Eine gute Flüchtlingspolitik müsse einen legalen Zugang von Asylsuchenden in die EU ermöglichen, forderte Linder. Das Mittelmeer dürfe nicht weiter zum Massengrab werden.

www.beobachternews.de

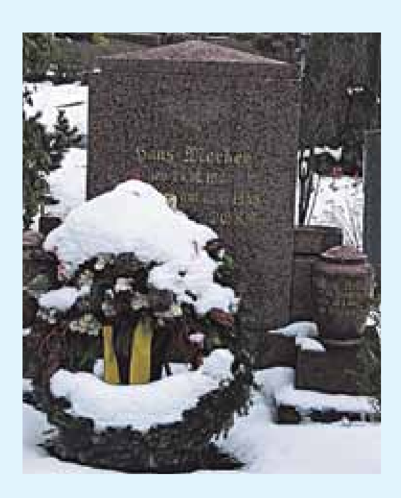
Hof/Saale: Gedenken an den Widerstand der Arbeiterbewegung

Hans Merker und Genossen

Am 5. Januar 2015 jährte sich der Tag der Ermordung des Hofer kommunistischen Widerstandskämpfers Hans Merker zum 70. Mal. Seit langem fordert die VVN-BdA Hof zusammen mit vielen Mitstreitern, die Widerstandsgruppe Merker, Heller und Klein offiziell und öffentlich zu ehren. Immerhin hatte die Stadt Hof zur Feier anlässlich von Merkers Todestag eine Grußadresse geschickt und auf dem Gemeinschaftsgrab der drei Opfer einen großen Kranz aufstellen lassen.

Die Stadtratsfraktion der SPD, deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Döhla an der Gedenkfeier teilnahm, hatte kürzlich ebenfalls das Anliegen aufgegriffen. Sie wies darauf hin, wie einfach es heute sei, zu seiner Meinung zu stehen und diese öffentlich kund zu tun. »Ohne Bedrohung des Lebens, ohne in materielle Not zu geraten, ist es heute möglich, auf Missstände hinzuweisen oder eine andere Meinung zu vertreten«, meinte Döhla und zeigte sich beeindruckt von der Bereitschaft der Familien der Widerstandskämpfer, für ihre Überzeugungen einzustehen.

»Meinst du, die Russen wollen Krieg?« Dieses Lied nach einem Gedicht des Dichters Jewgenij Jewtuschenko stand am Beginn der Gedenkfeier. Der kollektive Schwur der Buchenwald-Häftlinge von 1945 »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg« wurde mehrfach zitiert. Randolph Oechslein von der DKP in Hof rief Stationen aus dem Leben des KPD-Mitglieds Hans Merker in Erinnerung, der u. a. im KZ Dachau und in Buchenwald inhaftiert war.



Grabmal der Widerstandskämpfer Hans Merker, Ewald Klein und Philipp Heller auf dem Hofer Friedhof

Das Gedenken galt auch Merkers Genossen Philipp Heller und Ewald Klein, die bereits vor ihm Opfer der Nazis wurden, wie auch vielen anderen Hofer Widerstandskämpfern, die zum Teil aus der SPD kamen. Unter ihnen war auch die mutige junge Sozialdemokratin Rosa Opitz, die mehr als einmal ihr Leben riskierte.

Sie alle wären größtenteils völlig in Vergessenheit geraten, hätte nicht der frühere Hofer KPD-Stadtrat Rudi Macht ihnen in seiner fünfbändigen »Geschichte der Hofer Arbeiterbewegung« ein Denkmal gesetzt. Unmittelbar nach der Befreiung 1945 war in der Stadt zwar eine Straße nach Hans Merker sowie jeweils eine Brücke bzw. ein großes Sportstadion nach seinen beiden Kampfgefährten Heller und Klein benannt worden. Im Zuge des Kalten Krieges jedoch wollte man dann davon nichts mehr wissen.

VVN-BdA Hof



Neuerscheinung in Kürze: Buch »Augsburger Frauen im Widerstand«. Nähere Infos über VVN-BdA Bayern.

Stolpersteine und Biographien tapferer Frauen

Aktivitäten in Augsburg

Die erste Auflage des Buches »Augsburger Frauen im Widerstand«, herausgegeben vom »Frauengeschichtskreis Augsburg«, erschienen im Jahr 2014, war schneller vergriffen, als die Initiatorinnen und Autorinnen selbst erwartet hätten. Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« und von der Stadt Augsburg, hatte die nichtkommerzielle Veröffentlichung auf Anhieb großen Widerhall gefunden.

Nun soll in Kürze beim Verlag Wiljo Heinen in Berlin die zweite bestell- und verkaufbare Auflage des kleinen Buches, das von »Frauen, die dem Widerstand gegen das NS-Regime verbunden waren« aus Augsburg und Umgebung berichtet (vorgestellt von Maria-Luise Bertram, Edith Findel und Martha Metzger), erscheinen. Mitautorin Martha Metzger, Vorstandsmitglied in der VVN-BdA Augsburg, sieht das Buch auch »als eine Anregung, in anderen Städten und vor allem da, wo schon Stolpersteine verlegt sind, an die Opfer aus dem antifaschistischen Widerstand zu erinnern«. Und knüpft damit an eine Augsburger VVN-Initiative an, die nach wie vor relevant ist.

In einer Presseerklärung vom 30. Januar 2015 hat sie diese erneut öffentlich gemacht: »Seit vielen Jahren kämpft die Augsburger Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), die älteste bundesweite Organisation von Verfolgten, Widerstandskämpfern/-innen und Antifaschisten/-innen, für das weltbekannte und populäre Gedenkstätten-Projekt ›Stolpersteine‹. Um die Erinnerungsarbeit in Augsburg voranzubringen, hat die VVN im Jahr 2013 zu einem breiten Bündnistreffen gesellschaftlicher Organisationen eingeladen. Das Interesse war sehr groß, das Engagement von Anfang an enorm.

Wir konnten eine Diskussion lostreten, die sich quer durch die Stadtgesellschaft zog. Zeitweise berichtete die Presse fast täglich. Eine eigene Homepage wurde eingerichtet (www.stolpersteineaugsburg.de). Die Kreisvereinigung Augsburg der VVN begrüßt die Gründung einer Stadtratskommission ›Erinnerungsarbeit‹ im Herbst 2014, aber wir sehen auch, dass alles sehr langsam geht und fraglich ist, ob die Kommissionsarbeit bald zu einem positiven Ergebnis führen wird. Am symbolträchtigen 30. Januar wird ein ganzes Jahr vergangen sein, seit sich der Stadtrat zum ersten Mal mit dem Thema befasst hat. Deshalb fordern wir, als Organisation von Opfern und Widerstandskämpfern/-innen, jedes einzelne Mitglied der Kommission auf: Setzen Sie sich bitte für das Projekt ›Stolpersteine‹ ein! Bieten Sie endlich den beiden Ihnen bekannten Angehörigen von Augsburger Opfern die volle Mitgliedschaft in der Kommission an! Keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg! Schluss mit dem unsäglichen Lavieren und Hinauszögern von Entscheidungen! Die Angehörigen können nicht mehr warten. Jeder Tag ist ein Tag zu viel. Keine Entscheidung ist auch eine Entscheidung! Denn die Angehörigen der Opfer werden irgendwann nicht mehr unter uns sein.«

Der SprecherInnenkreis der VVN-BdA, KV Augsburg: Claudia Schröppel, Thomas Hacker, Martha Metzger, Dr. Harald Munding.

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Zum »Keupstraßen-Aktionstag« beim Münchner NSU-Prozess

Gegen die Entsolidarisierung

Ein breites Echo im ganzen Land fanden am 20. Januar der Aktionstag der Initiative »Keupstraße ist überall« vor dem Oberlandesgericht in München und das damit verbundene Prozessgeschehen im Rahmen der NSU-Ermittlungen. Für die bayerische VVN-BdA begrüßte Landessprecherin Renate Hennecke die Teilnehmer am Aktionstag. Im Folgenden ihr Grußwort:

»Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde aus Köln, die ihr die ganze Nacht gefahren seid, um eure Angehörigen, eure Freunde und Nachbarn nicht allein zu lassen, wenn sie heute in diesem Gerichtsgebäude als Nebenkläger Anklage erheben und als Zeugen aussagen. Liebe Teilnehmer aus Berlin, aus Nürnberg, aus vielen anderen Städten, aus München, die ihr ebenfalls heute hergekommen seid, um eure Solidarität mit den Betroffenen des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße und mit allen Opfern der NSU-Anschläge zu zeigen.

Ich überbringe euch Grüße der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, einer Organisation, die es seit 1947 gibt. Sie wurde von Menschen gegründet, die von den Nazis mit aller Grausamkeit verfolgt wurden, weil sie angeblich nicht die richtige Abstammung, die richtige politische Meinung, die richtige Religion hatten, weil sie sich nicht vorschreiben lassen wollten, was sie zu denken, welche Musik sie zu hören und wen sie zu lieben hatten. Weil sie keine Herrenmenschen und keine Welteroberer sein wollten. Nach der Befreiung 1945 machten sie sich voller Hoffnung an die Arbeit, um den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und eine ›neue Welt des Friedens und der Freiheit‹ aufzubauen.

Ein solcher Wunsch gilt hierzulande als staatsgefährdend, und die Feststellung ›Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen‹ führt, zumindest in Bayern, zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz, der hier plötzlich ganz eifrig wird. Unsere Klage gegen die Diffamierung der VVN im bayerischen Verfassungsschutzbericht wurde kürzlich vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Der Satz ist trotzdem wahr: Faschismus ist ein Verbrechen! Und der Wunsch nach einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit lässt ich nicht ausrotten.

Zu Frieden und Freiheit gehört Solidarität. Ihr setzt mit eurem Hiersein ein großartiges Zeichen der Solidarität. Dafür möchte ich euch herzlich danken. Denn solche Zeichen sind wichtig für uns alle. Die Entsolidarisierung, die wir in der Gesellschaft erleben, macht Angst und lähmt. Entsolidarisierung und Rassismus gehören zusammen. Wenn wir dann hören, man müsse die Angst und Sorgen der Entsolidarisierer, die gegen Flüchtlinge, gegen Muslime, gegen Ausländer auf die Straße gehen, ernst nehmen, dann fragen wir: Wann werden endlich die Ängste und Sorgen der Menschen ernst genommen, die von Nazis und anderen Rassisten bedroht werden?

Wann wird der Wunsch nach Frieden, Freiheit und Solidarität bei uns so stark, dass er ernst genommen werden muss? Ihr von der Keupstraße habt es geschafft, der Entsolidarisierung Widerstand zu leisten und euch solidarisch zusammenzuschließen: Für eine Gesellschaft ohne Rassismus! Wird danken euch dafür. Wir wollen heute mit Euch gemeinsam einen Tag des Kampfes für dieses Ziel begehen, und wir wünschen euch und uns allen, dass es in diesem Sinne ein guter Tag wird.«

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

März: Ludwig Fraundorfer, Neubiberg, 93 Jahre; Johann Georg Neundorfer, Bamberg, 86 Jahre; Manfred Dresel, Nürnberg, 70 Jahre; Ursula Böhm, Regensburg, 65 Jahre

April: Viktoria Kern, Penzberg, 88 Jahre; Ilona Denke, München, 86 Jahre; Charlotte Salzbrenner, Itzgrund, 81 Jahre; Gerlinde Zollner, München, 81 Jahre; Gertrud Heupel, Freising, 75 Jahre; Wolfgang Ziller, Schweinfurt, 70 Jahre; Sepp Obermeier, Bruckmühl, 60 Jahre; Thomas Rödl, München, 60 Jahre; Peter Schallmoser-Schlögl, Holzheim, 60 Jahre; Ulrike Voss-Graf, München, 60 Jahre

Ästhetische Intervention am Kriegerdenkmal

Deutschlands Ruhm und Ehre?

Eine »ästhetische Intervention« erlaubten sich zwei Künstler an einem Kriegerdenkmal an der Münchner Dachauer Straße. Worum es ihnen ging, erläuterten sie in einer öffentlichen Erklärung: »Dort stand der Text: ›Sie starben für Deutschlands Ruhm und Ehre. Den Toten der Bayerischen Eisenbahntruppe im Weltkrieg 1914-18‹. Mit der Entfernung von fünf Buchstaben wurde der geschichtlichen Wirklichkeit und der heutigen historischen Kenntnis entsprochen.«



Berndl und Kastner vor ihrem Werk »Deutschlands Unehre«

»Das Denkmal«, so Wolfram P. Kastner und Hans-Peter Berndl, »wurde 1922 errichtet, 1945 zerstört und 1962 mit dem unsäglichen militaristischen Text neu errichtet. Alljährlich werden dort Kränze der Bundeswehr angebracht, so als wäre die Bundeswehr immer noch der Auffassung, das entsetzliche Morden habe Deutschlands Ruhm und Ehre befördert.« »Wir hatten«, schreiben die beiden Münchner, »die Bundesministerin für Verteidigung gebeten, das Denkmal zu verändern oder mit einem Text zu ergänzen, der etwas so lauten könnte: ›Wir trauern um die Soldaten der Bayerischen Eisenbahntruppe, die in dem sinnlosen und furchtbaren Krieg 1914-18 ihr Leben verloren. Wir wollen für Frieden sorgen und Kriege verhindern.‹ Dies wurde in einem Schreiben des Oberst im Generalstab abgelehnt, weil es sich um ein ›Sachzeugnis‹ handle, das ›dauerhaft und unverfälscht erhalten werden soll‹.«

Die Künstler sehen dagegen in dieser Berufung auf »Deutschlands Ruhm und Ehre« einen Widerspruch zum Grundgesetz und erklären: »Die demontierten Buchstaben haben wir nach Berlin an Frau von der Leyen geschickt, als Denkanstoß für einen neuen Text, der von Trauer und Friedenswille geprägt ist, statt von mörderischem Ruhm und falscher Ehre.«

E.A.

Berlin feiert nicht nur in Treptow den 8. und 9. Mai 2015

Befreiung, was denn sonst!

Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird in Berlin in zahlreichen Bezirken feierlich begangen. Wir fordern: Den 8. Mai, Tag der Befreiung Deutschlands und Europas, einen Wendepunkt in der Weltgeschichte, endlich zum offiziellen Gedenk- und Feiertag machen! Schon zur Befreiung der Außenbezirke Berlins wird es Gedenkveranstaltungen, Stadtrundgänge und Feste geben, so z. B. ein Open-Air-Konzert am 23. April in Köpenick mit Karsten Troyke.



Den ganzen 8. Mai über wird in den Bezirken der Befreier und Befreierinnen gedacht, in Friedrichshain auch des ersten Sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, Nikolai Bersarin. Die Lichtenberger Antifaschistinnen und Antifaschisten treffen sich z. B. nachmittags am T34-Panzer am Deutsch-Russischen Museum. In Wittenau wird auf dem Russischen Friedhof der gefallenen Soldaten der Roten Armee und der dort begrabenen Kinder von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen gedacht. Die VVN-BdA Pankow wird den 70. Jahrestag der Befreiung am Sowjetischen Ehrenmal in Buch begehen, ein Stadtteil, der in Berlin leider durch eine aktive Neonaziszene und rassistische »Bürgerproteste« gegen Flüchtlinge berüchtigt ist.

Die zentrale Kundgebung zum Tag der Befreiung wird vom BdA Treptow und der Berliner VVN-BdA um 18.00 Uhr an der »Mutter Heimat« im Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park ausgerichtet. Eingeladen sind Vertreter und Vertreterinnen der Russischen Botschaft, aus Belarus und der Ukraine. Es spricht Axel Holz, VVN-BdA-Bundesvorsitzender.

Wir hoffen, dass gerade in diesem Jahr zahlreiche Berlinerinnen und Berliner den Weg nach Treptow finden, um ihren Dank an die Rote Armee – über 7.000 in der Schlacht um Berlin Gefallene sind hier bestattet – auszudrücken. Auch nach 70 Jahren gilt: Wir heute Lebenden verdanken die Grundlagen eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind auch unsere Befreier.

Wer nicht feiert, hat verloren!

Unter diesem Motto laden die BO 8. Mai der Berliner VVN-BdA sowie Freunde und Freundinnen aus Antifagruppen am 9. Mai wieder zu ihrem fast schon traditionellen deutsch-russisch-polnisch-internationalen antifaschistischem Volksfest in den Treptower Park, unweit des Sowjetischen Ehrenmals, ein. In der ehemaligen Sowjetunion wird der 9. Mai als Tag des Sieges über den deutschen Faschismus gefeiert. Die tausenden Besucher und Besucherinnen der letzten Jahre haben uns darin bestärkt, dieses Fest zu einem regelmäßigen antifaschistischen Ereignis in Berlin zu machen.

Wir erwarten wieder Zeitzeugen und -zeuginnen aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen und Deutschland – Befreier und Befreierinnen Deutschlands. Zahlreiche Musiker und Musikerinnen wie das beliebte Trio Scho? oder die Bolschewistische Kurkapelle haben sich angekündigt. Führungen zum Sowjetischen Ehrenmal sind eingeplant. Natürlich ist auch für Essen und Trinken gesorgt, und für Kinder wird es eine Hüpfburg und Spiele geben. Das Fest beginnt um 11.00 auf dem Parkplatz Rosengarten an der Puschkinallee.

neuntermai.vvn-bda.de



Am 23. April 2015 ab 17 Uhr feiern wir die Befreiung Köpenicks durch die Rote Armee.

Wenige mutige Bürger/-innen konnten die sinnlose Zerstörungswut stoppen. Die Pfarrersfrau Alide Ratsch verhinderte die Aufstellung einer Volkssturm-Kanone und rettete so die Altstadt. Ähnliches erreichten Frauen aus Uhlenhorst und anderen Ortsteilen. Karl Henkner, Herr Zoelisch und das Ehepaar Grubitz retteten die Lange Brücke bzw. entfernten Zündschnüre am Spreetunnel und an der Wernsdorfer Schleuse. Wie Dr. Stössel und Emil Kirchner verhinderten andere mit weißen Fahnen weitere Kämpfe.

In verlustreichen Kämpfen zerschlugen die Alliierten die Nazi-Truppen.

Wir halten die antifaschistische Erinnerung an die Befreiung Europas lebendig und treten den geschichtsrevisionistischen Bestrebungen der Neo-Nazis entgegen.

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 16. März 2015, 18.30 Uhr, Heinrich Fink zum 80. im Gespräch mit Gina Pietsch

»Solange Menschen miteinander reden können, gehen sie menschlich miteinander um.« Das ist einer der vielen wichtigen Sätze des weithin bekannten Theologen und Wissenschaftlers Professor Heinrich Fink, erster frei gewählter Rektor der Humboldt-Universität Berlin zwischen 1990 und 1992. Als man ihn mit perfiden Methoden »abwickelte« – und mit ihm allein an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 180 Hochschullehrer –, gab es Proteste von allen Seiten, von Künstlern, Kollegen und zuvörderst Studenten. »Unsern Heiner nimmt uns keiner«, skandierten. Er wurde ihnen genommen, aber er zog sich nicht zurück. Seine vielen Funktionen ließen das gar nicht zu, aber die eigentliche Triebkraft ist in ihm – als Antifaschist, Pazifist, Christ und Sozialist. Er ist der Ehrenvorsitzende unserer VVN-BdA. Und am 31. März wird er 80 Jahre: Den vielen, die dann mit ihm reden wollen, möchten wir zuvorkommen. Denn er ist ein Mensch, der große Achtung und Sympathie genießt, errungen durch Standhaftigkeit, Klugheit und Freundlichkeit.

Montag, 20. April 2015, 18.30 Uhr, »Ich war achtzehn«

Gespräch mit Volkmar Harnisch anlässlich des 70. Jahrestages seiner Entlassung aus dem faschistischen Gefängnis. Ironie der Geschichte: Am 8. Mai 1944 wurde der damals noch 17-jährige, auf dem Dorf wohnende Gymnasiast gemeinsam mit seinem Vater von der Gestapo abgeholt, am 20. April 1945 erhielt er vom Gefängnisdirektor in Hoheneck seine Entlassungspapiere »auf Probe« und machte sich auf den Weg nach Hause.

Dazwischen lagen Untersuchungshaft, Anklage und ein Prozess, der wundersamerweise nicht mit Todesurteilen endete, und seither Einzelhaft. Nichts Ungewöhnliches also für einen, der die Nazis verabscheute, sich mit Gleichgesinnten zusammentat, Solidarität mit Zwangarbeitern und Kriegsgefangenen übte und unter den Klassenkameraden vorsichtig gegen Wehrmacht und Krieg argumentierte – und doch eine große Bewährungsprobe für Mut und Stärke eines jungen Menschen.

Aus der Rede von Horst Selbiger vor dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Allein in Auschwitz wurden eineinhalb Millionen Menschen ermordet. Am 27. Januar vor 70 Jahren verharrten dort noch 7.000 verängstigte, fast erfrorene und verhungerte Häftlinge. Um 3 Uhr nachmittags erreichten zwei vermummte Gestalten das Tor von Auschwitz-Birkenau. Ein Freudenschrei erhob sich aus der Menge der Gefangenen: »Die Russen sind da!« – Das Vernichtungslager Auschwitz war durch die Rote Armee befreit.


Foto: Firiedburg Thiele

Als ich 1934 eingeschult wurde, war ich der einzige Jude in der Klasse und wurde selbst von den sechsjährigen Mitschülern sofort ausgegrenzt. Ich wurde geschlagen und bespuckt. Ich war der »Itzig« und die »Judensau«. Mein Vater war ein angesehener jüdischer Zahnarzt. Er wurde bereits 1933 aufgefordert, seine Praxis zu schließen. Er wehrte sich, doch nach der Reichspogromnacht im November 1938 bekam mein Vater endgültig Berufsverbot und musste Zwangsarbeit leisten. Unser Hausrat, die Praxiseinrichtung und das zahnärztliche Labor wurden für lächerliche Pfennigbeträge öffentlich versteigert. Unsere Familie musste in ein »Judenhaus« umziehen. Wir durften nicht mehr ins Theater, Kino usw. Wir bekamen kaum noch Lebensmittel, und es wurden laufend neue Einschränkungen verkündet. Die Angst um das eigene Leben hatte längst Einzug im jüdischen Alltag gehalten. Nach Schließung aller jüdischen Schulen begann im April 1942, als 14-Jähriger, meine Zwangsarbeit.

Die »Fabrikaktion« überlebt

Am 27. Februar 1943 umstellte die SS alle Betriebe, in denen Juden arbeiteten, und alle Judenhäuser. Mehr als 25.000 Juden wurden an diesem Tag in Berlin verhaftet und in vier Sammellagern zusammen gepfercht. Dieser Tag ging später in die Geschichte als »Fabrikaktion« ein.

Ich kam mit rund 6.000 Juden in die ehemalige Synagoge Levetzowstraße. Dort standen Frauen auf der Straße und klatschten Beifall. Drinnen wurden uns die jüdischen Kennkarten entzogen. Wir mussten eine Erklärung unterschreiben, dass unser Vermögen wegen »staatsfeindlicher und kommunistischer Umtriebe« beschlagnahmt war, und wir bekamen die Transportmarke zur Deportation. Wer so etwas durchlebt, den Zug zur Gaskammer aus nächster Nähe gesehen und erlebt hat, den Tod vor Augen, bleibt ein Gezeichneter sein Leben lang. Marcel Reich-Ranicki bezeichnete es so: »Uns wurden Brandzeichen in die Seele gestempelt.« Doch dann, nach Tagen der Bedrängnis und der Angst, geschah ein großes Wunder: Mehrere hundert Ehepartner, Kinder und Verwandte protestierten öffentlich gegen die Verhaftungen ihrer Ehemänner. Mit Erfolg!

In der Nacht gab es den ersten intensiven Bombenangriff auf Berlin, und als die Bomben fielen, konnten wir nicht genug davon bekommen. Als Zwangsarbeit mussten wir nun die Gefahrenstellen nach Luftangriffen beseitigen. Ende April 1945 wurden wir durch die Rote Armee in Berlin befreit.

Wo blieben die Nazis?

Und da geschah in der Nacht vom 8. zum 9. Mai ein großes Wunder: Aus den übelsten faschistischen Verbrechern und Mördern von gestern wurden über Nacht die bravsten Demokraten – und alle, alle, alle haben von nichts gewusst!

Die Deutschen waren wieder wer! Wen interessierten jetzt noch die ermordeten Juden von Auschwitz, wen der verlorene Krieg? Die Deutschen wurden wieder gebraucht im beginnenden Kalten Krieg gegen die rote Gefahr. Und der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, erklärte: »Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und Unheil angerichtet worden«, und er forderte unverhohlen ein Ende der »Nazischnüffelei« und bereitete mit seinem Staatssekretär Hans Globke, dem Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, diverse Amnestiegesetze vor, die der Rückkehr der Protagonisten des faschistischen Regimes den Weg bereiteten.

Die Restauration setzte vehement ein. Der Wahlkampf um den ersten Bundestag hatte begonnen. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, darüber Auskunft zu geben, wie viele ehemalige NSDAP-, SA-, SS-Mitglieder und Gestapobeamte im ersten Bundestag saßen.

Und dann kamen Bataillone der 131-er, das waren die minder belasteten NS-Täter. Sie überschwemmten die Ministerien, die Verwaltungen und die Wirtschaft. Das betraf über eine halbe Million Mitmacher und Mitläufer in der NS-Zeit, jeder war ein Rädchen in der Mordmaschinerie der Nazis gewesen, darunter Zehntausende, die erheblich belastet waren. Und sie schleppten ihre Ideologie und ihr Gedankengut mit ein.

Braun verfärbte Demokratie

So baute undemokratisches, ja sogar antidemokratisches Personal eine Demokratie auf, eine Demokratie, die ganz langsam und schleichend sich braun verfärbte. Und ihre Seilschaften sorgten dafür, dass Zigtausende ihrer gerechten Strafe entgingen. So ist es kein Wunder, dass diese Demokratie auf dem rechten Auge erblindete. Denn das Ergebnis war: Die Zahl der damaligen Politiker und Manager der Wirtschaft mit NS-Vergangenheit war erschreckend.

Der Historiker und Journalist Malte Herwig fand heraus, dass bis 1964 allein 26 Bundesminister und ein Bundeskanzler Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren. Im höheren Dienst des Auswärtigen Amtes waren 1952 noch 34% ehemalige NSDAP-Mitglieder. Bis zum 31. März 1955 waren 77,4% der Beschäftigten im Verteidigungsministerium NS-belastet, im Wirtschaftsministerium 68,3 % und beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 58,1 %. Jan Korte schreibt in seinem Buch »Instrument Antikommunismus - der Sonderfall Bundesrepublik«: »Die Antwort illustriert die unübersehbare Präsenz ehemaliger nationalsozialistischer Funktions-Eliten in den Ministerien und Sicherheitsbehörden der frühen Bundesrepublik. Dieses durch den Kalten Krieg begünstigte Ausmaß kann man im Rückblick nur als eine beispiellose moralische Katastrophe bezeichnen.«

Alles in allem: Das war nicht meine Vorstellung von einem neuen deutschen Rechtsstaat. Diese erschreckende Entwicklung bewog mich, in die entstehende DDR zu gehen, deren proklamiertes Ziel der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung war. Das war, nach allem, was ich erlebt hatte, auch mein Wunsch. Und so krempelte ich die Hemdsärmel hoch und begann ein neues Leben.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78, Fax: 030 / 29 78 43 78, Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

HAMBURG

Bewegende Schicksale vorgestellt

»Treffen der Generationen«

Frieda Larsen und Gerhard Baader: »Child survivors«
Foto: Christiane Chodinski

Unter dieser Überschrift fand am 25. Januar 2015 in den Räumen der Universität Hamburg die in der letzten *antifa* angekündigte, von zahlreichen Zuhörern besuchte Veranstaltung statt. Dort bot sich die Möglichkeit, mehr zu erfahren über Menschen, die den Albtraum der Nazizeit selbst erlebten, und über ihre Kinder, deren Leben durch Erinnerungen ihrer Eltern und weiterer Familienangehöriger geprägt wurden. Einige der bewegenden Gesprächsrunden sollen hier vorgestellt werden.

Der Kampf um eine Entschädigung für die Hinterbliebenen der Opfer ist Argyris Sfountouris' Lebensthema. Die 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division verübte am 10. Juni 1944 in Distomo in Griechenland ein Massaker an den 218 Bewohnern des Dorfes. Argyris, als Dreijähriger gerettet, kämpft für Gerechtigkeit für die Ermordeten. Der Film »Ein Lied für Argyris« ist ihm gewidmet. Distomo darf nicht vergessen werden, deshalb kam Argyris zur Konferenz nach Hamburg.

Am 12. August 1944 überfiel die 16. SS-Panzergrenadierdivision »Reichsführer SS« das Dorf Sant'Anna di Stazzema in Italien. Sie trieb die Menschen zusammen, warf Handgranaten in die Menge und erschoss wahllos alle, auf die sie traf. Mehrere hundert Bewohner wurden ermordet, nur wenige entkamen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges leben die Täter unangefochten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bürgermeister von Sant'Anna kam nach Hamburg, um die Rechte der Ermordeten vor dem deutschen Gericht zu vertreten. Gerhard Sommer, einer der letzten überlebenden Mörder, der in einem Fernsehinterview äußerte: »Für mich ist diese Zeit erledigt, ich habe mir keinerlei Vorwürfe zu machen«, möge endlich seine gerechte Strafe erhalten!

Frieda Larsen und Gerhard Baader vertraten die »Child survivors« – Kinder, die versteckt überlebten und lebenslang unter dem litten, was heute als »Posttraumatische Belastungsstörung« bezeichnet wird. Gerhard Baader formuliert es so: »Wir können uns nicht von unserer Geschichte und der unserer Eltern lösen; es sind die Geschichten der Verfolgten, Entrechteten, Erniedrigten, Gequälten und zum großen Teil Ermordeten, die uns prägen: Todesängste, Verlassenheit, Schmerz über den Verlust der Eltern und vieler Verwandter, geraubte Kindheit und Jugend. Wir sind oft ohne Eltern, Geschwister, Großeltern, Tanten, Onkeln, Cousinen aufgewachsen und groß geworden. … Wir waren in dieser schwierigen Atmosphäre (der Nachkriegszeit) … zum Schweigen verurteilt, da niemand uns zuhören wollte.«

Diejenigen, denen in unserem Land noch immer die Anerkennung verweigert wird, obgleich ihr Schicksal dem der jüdischen Bevölkerung gleicht – der Weg in die absolute Vernichtung –, sind die Sinti und Roma. Inge, Arnold und Harry Weiß berichteten von der Missachtung in der Bevölkerung, unter der sie noch immer leiden müssen. Inge Weiß formuliert es so: »Mein Mann hat immer gesagt: ›Wir sind nicht befreit, wir sind nur Freigänger. Wenn wir uns nämlich outen, wer wir sind, dann wird uns genauso viel Gegenwehr entgegengebracht wie früher… Wir werden nicht mehr ins Lager gebracht, werden heute aber genauso diskriminiert.‹« Die Beratungsstelle des Landesvereins der Sinti und Roma soll ihnen zu mehr Gerechtigkeit verhelfen. Dazu gehört der Antrag, als Minderheit anerkannt zu werden, mit allen Rechten, die damit verbunden sind.

In den anderen Gesprächskreisen wurden ebenso bewegende Schicksale offenbart:

Esther Bejarano, Steffi Wittenberg und Marianne Wilke berichteten aus ihrem Leben, Ilse Jacob, Ulla Suhling, Bea Trampenau und Norma van der Walde erzählten vom Widerstand ihrer Eltern in der Nazizeit, Swenja Granzow und Sandra Wachtel über die Weitergabe der Erinnerungen an die nationalsozialistischen Verbrechen in ihren Familien.

Norma van der Walde

Hamburger VVN-BdA Termine

20.-22. März Antifaschistische Nordkonferenz 2015
Veranstalter: Heideruh e. V. – Neofaschismuskommission Küste der VVN-BdA
Ort: Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N.

Sonnabend, 28. März, 13 Uhr
»Gedenken am Höltigbaum« für die dort während des Zweiten Weltkrieges erschossenen Wehrmachtssoldaten
Veranstalterin: Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal
Ort: Haus der Wilden Weiden, Eichberg 63, 22143 Hamburg

Sonntag, 29. März, 17 Uhr
Film »Cectpa – Schwester« von Markus Bauer, Claudia Krieg und Frank Olias, D 2012
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Mitte April bis Ende Mai - Eimsbüttler Monat des Gedenkens

Montag, 20. April, 18 Uhr
Gedenkfeier für die Kinder vom Bullenhuser Damm
Ort: Turnhalle der Schule am Bullenhuser Damm, Bullenhuser Damm 92, 20539 Hamburg

Sonntag, 26. April, 17 Uhr
Film »Das Massaker von Gardelegen« von Diana Gring und Claus Ivar Bolbrinker, D 2001
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Donnerstag, 7. Mai, ab 11 Uhr
Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher... Verboten – verbrannt – vergessen?
Veranstalterin: Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!«
Ort: Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße auf der Wiese, Ecke Heymannstraße am Isebekkanal

Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Befreiung

Freitag, 8. Mai, 15 Uhr
Kunstaktion zum geplanten »Deserteursdenkmal« mit dem Künstler Volker Lang
Veranstalterin: Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal
Ort: Kriegsklotz, Dammtor, U-Bhf. Stephansplatz

Freitag, 8. Mai, 17 Uhr
Eröffnung der FIR-Ausstellung »Europäischer Widerstandskampf gegen den Nazismus«
Ort: Hauptgebäude der Universität Hamburg, Westflügel (ESA W), Edmund-Siemers-Allee 1

Freitag, 8. Mai, 19.30 Uhr
»70 Jahre 8. Mai: Befreiung - was sonst?« Szenischer Spaziergang und Demonstration. Treffpunkt in der Hamburger Innenstadt.
Näheres unter http://hamburg.vvn-bda.de

Sonnabend, 9. Mai, ab 14 Uhr
Fest der Befreiung mit Kulturprogramm, politischen Gesprächen und Lesungen. Veranstalterin: Hamburger Bündnis »8. Mai 2015«
Ort: Hamburger Wallanlagen, bei der Minigolfanlage

Sonntag, 10. Mai, 11 Uhr
Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg: Mit: Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, und Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA
Ort: Friedhof Ohlsdorf am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg.

Sonntag, 10. Mai, 12 Uhr
Einweihung der neuen Skulptur auf dem Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer
Ort: Friedhof Ohlsdorf, nahe Haupteingang S-Bahn Ohlsdorf

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Richard von Weizsäcker

Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015

8. Mai 1945 – Tag der Befreiung – Chance für Frieden und Demokratie in Europa. Am 8. Mai 1945 wurde nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland erlebten in erster Linie die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer_innen diesen Tag als Befreiung. Aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.



Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Noch in den letzten zwei Wochen vor der Befreiung Hamburgs wurden 71 Männer und Frauen aus dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel im KZ Neuengamme grausam ermordet. In der Schule Bullenhuser Damm, damals ein Außenlager des KZ Neuengamme, erhängte am 20. April 1945 die SS 20 jüdische Kinder mit ihren vier Pflegern und 24 sowjetische Häftlinge. Weit über zehntausend Häftlinge des KZ Neuengamme verloren noch ihr Leben in sogenannten »Auffanglagern«, beim Untergang der »Cap Arcona« in der Ostsee oder durch Tötungen während der Todesmärsche, auf die sie gezwungen wurden. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie und Banken waren die Gewinner von »Arisierung«, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter_innen. Diese Gewinne bildeten eine wichtige Grundlage des »Wirtschaftswunders« in der Bundesrepublik, während die Opfer um jede Mark Entschädigung kämpfen mussten und bis heute kämpfen müssen.

In nahezu allen ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder 9. Mai gesetzliche Feiertage, das war auch in der DDR der Fall. Genau 40 Jahre hat es gedauert, bis ein Präsident der Bundesrepublik an einem 8. Mai von Befreiung gesprochen hat. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Deutsch-Nationalen, der »Frontkämpfer«, der Profiteure, Mitläufer und Zuschauer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Niederlage, Besatzer, Neubeginn. Mit Weizsäckers Rede wurde die Perspektive der Verfolgten des Nazi-Regimes »gesellschaftsfähig«.

Wir wissen, die soziale Spaltung der Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, in dem die Angst vor dem Abstieg Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht. Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden. Wir sehen mit Sorge, wie unbarmherzig unsere Gesellschaft Flüchtlingen gegenübertritt und gewaltsame Übergriffe duldet. Zugleich wird antifaschistische Gegenwehr kriminalisiert. Der rasante Aufstieg neofaschistischer und rechtspopulistischer Kräfte in nahezu allen europäischen Ländern verlangt entschiedenen Widerstand.
Der Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder stellt einen Bruch mit dem Nachkriegskonsens »Es soll nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen« als wichtigste Lehre aus der jüngeren deutschen Geschichte dar. In vielen Ländern der Welt, im Irak, in Syrien, in der Ukraine und in weiten Teilen Afrikas toben Kriege. Wieder sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – beteiligt. Die Bereitschaft, »deutsche Interessen« erneut mit militärischen Mitteln durchzusetzen, ist in Regierung und Bundestag gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wieder politische Praxis geworden.
Gerade darum wollen wir den Tag zum Feiertag machen, den die Überlebenden als »Morgenröte der Menschheit« erlebt haben, wie es der als Jude und Kommunist verfolgte Résistance-Kämpfer Peter Gingold ausgedrückt hat. Wir wollen am 8. Mai vor allem an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so, wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben.

Wir fordern, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.

Wir wissen, dass die Früchte des 8. Mai stets gefährdet sind. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur.

In diesem Sinne rufen wir auf: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Erstunterzeichner_innen:
VVN-BdA Hamburg, Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Ver.di AntiRA, Deutscher Freidenker-Verband Landesverband Nord e. V., DKP Hamburg, Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal, Hamburger Bündnis gegen Rechts, Lese-Zeichen Hamburg, Initiative MIR, Barmbeker Initiative gegen Rechts, Bürgerinitiative Glinde gegen Rechts, AG Gedenken Bergedorf, Antifaschistisches Bündnis Bergedorf, Motorradclub Kuhle Wampe, AK Denk-Mal, Mechadasch Hamburg, DIE LINKE Landesverband Hamburg, Landesverein der Sinti in Hamburg e. V., »Brakula« Bramfelder Kulturladen e. V., NaturFreunde LV Hamburg e. V., DFG-VK Hamburg, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V., Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V., Stadtteiltreff A.G.D.A.Z. in Steilshoop e. V., Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V., Dr. Harald Brandl, Ludwig Schönebach, Fachschaftsrat der Sozialen Arbeit HAW Hamburg (Stand: 17.02.2015)

Ostermarsch in Wedel

04.04.2015 – 10.00 Uhr Auftaktkundgebung: Rathausplatz in Wedel
Die VVN-BdA war stets ein organisierender Teil der Friedensbewegung. Dabei war und ist für uns das Engagement für Frieden und Abrüstung unabdingbar mit einer klaren Abgrenzung gegen rechts verbunden. Da sich das Hamburger Forum zur Zusammenarbeit mit der »Mahnwache Hamburg« auch beim Ostermarsch entschieden hat, und dafür gern auf jahrzehntelange Bündnispartner verzichtet, haben wir uns entschlossen, in diesem Jahr nicht in Hamburg, sondern in Wedel am Ostermarsch teilzunehmen.

Marianne und Günther Wilke freuen sich auf viele Kameradinnen und Kameraden aus Hamburg!

Redaktion: H. J. Meyer, Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinig Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX



Neonazis wirkten von Anfang an mit

Kagida und kein Ende?

Während in verschiedenen westdeutschen Städten die Kopien der Pegida-Bewegung bereits wieder in der Versenkung verschwunden sind, tritt in Kassel deren lokaler Ableger seit Ende November regelmäßig auf.

Woche für Woche setzen gut 400 Polizisten mit einer Wagenburg aus Transportern und zum Teil hoch aggressiven BFE-Truppen einen Aufmarsch von knapp 70 Rechtspopulisten und Neonazis in Kassel durch. Mit zwei Großaktionen mit jeweils etwa 2.000 Teilnehmenden haben die antifaschistischen und demokratischen Kräfte der Stadt deutlich gemacht, dass Kassel bunt statt braun ist. Neben der Antifa und verschiedenen linken Parteien und Gruppen waren dabei insbesondere die DGB-Gewerkschaften und die Kolleginnen und Kollegen des VW-Werkes aktiv (siehe Bild).

Unbeeindruckt davon tritt das Häuflein der extremen Rechten Woche für Woche in Erscheinung. Von Anfang an wirkten NPD und Neonazis mit; bald spielten auch AfD und ihr Kasseler Vorsitzender Manfred Mattis als Redner mit. Mitte Februar kam es dann zu einem Bruch, als der hessische AfD-Vorsitzende Konrad Adam versuchte, die Kagida-Aktivisten zur ideologischen Mäßigung zu bewegen. Als Ergebnis trat der Kasseler Demo-Anmelder Michael Viehmann aus der AfD aus. Dieser »Haus-Streit« wird dazu beitragen, dass noch weniger Anhänger an den wöchentlichen Aktionen teilnehmen. Den größten Anteil am Rückgang der Teilnehmerzahl haben aber die Antifaschisten des »Bündnisses gegen rechts«, die Woche für Woche den öffentlichen Protest in Hör- und Sichtweite der Rechtspopulisten organisieren.

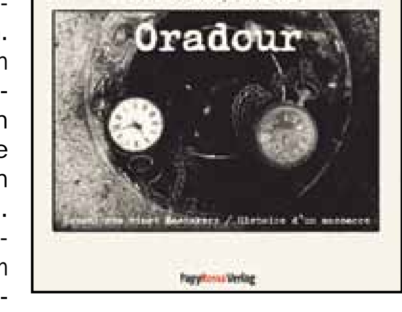
Ulrich Schneider

Eine deutsch-französische Erinnerung

Das Massaker von Oradour

Am 27. Januar fand in Kassel auf Einladung des Frankreich-Forums und weiterer Organisationen eine Lesung mit Florence Hervé und Ulrich Schneider aus dem Buch »Das Massaker von Oradour« statt. Das Datum war bewusst gewählt, und obwohl es drei Parallel-Veranstaltungen gab, fanden gut 70 Interessierte den Weg zur Lesung.

Florence Hervé berichtete detailliert über das Massaker am 10. Juni 1944 in Oradour-sur-Glane und über die Verbrechen von Tulle, die von den deutschen Besatzungstruppen angerichtet wurden. In eindrucksvollen Sequenzen, unterstützt durch Bilder, ließ sie das Geschehen lebendig werden.



Ulrich Schneider ging in seinem Beitrag zum europäischen Gedenken auf weitere Massaker in der faschistischen Okkupationszeit ein (Lidice, Distomo und Sant‘ Anna di Stazzema) und erläuterte, welche erschreckenden Lücken es bei der juristischen und politischen Aufarbeitung dieser Verbrechen gab. Es waren vor allem die deutschen Gerichte, die statt Aufarbeitung Täterschutz betrieben.

Dass das Thema nicht nur »historisch« ist, konnten die Besucher der Veranstaltung erleben. Gab es doch einzelne Zuhörer, die im Sinne der faschistischen Rechtfertigung die Verbrechen als »kriegsbedingt« zu legitimieren versuchten. Die Mehrheit der Zuhörer nahm jedoch eine klare Haltung ein.

Bernd Kant

Im März vor 70 Jahren:

Kriegsendverbrechen

Die Kornsand-Morde

Die Ermordung von einer Frau und fünf Männern am damals rheinhessischen Kornsand (nahe Darmstadt) auf Veranlassung örtlicher Naziführer und Wehrmachtsoffiziere wenige Stunden vor dem Eintreffen amerikanischer Panzer gehört zu den nazistischen Kriegsendverbrechen.

Jährlich findet am 21. März, dem Jahrestag der Morde, an der Kornsand-Gedenkstätte, initiiert und veranstaltet vom Arbeitskreis Kornsand, unter Leitung von Pfarrer Walter Ullrich (VVN-BdA), eine Gedenk- und Mahnveranstaltung statt; so auch in diesem Jahr um 18 Uhr.

Die Kirchberg-Morde

Am 24. März 1945, drei Tage vor der Befreiung, wurden von der Gestapo zwölf Häftlinge am Kirchberg ermordet. Vom Amtsgericht in Bensheim mussten sie ca. drei Kilometer zur Hinrichtungsstätte im Wald marschieren. Diesen Weg nimmt der Gedenkgang am 28. März, beginnend um 14 Uhr am Amtsgericht. Bensheimer Schüler stellen unterwegs die Kurzbiografien der Opfer vor. An der Hinrichtungsstelle sprechen u. a. Bürgermeister Rolf Richter und Christoph Jetter (VVN-BdA). Nachzulesen sind die Ereignisse in der Broschüre »Drei Tage fehlten zur Freiheit«, verfasst von Dr. Fritz Kiltau und Dr. Peter Krämer.

Darmstadt: Stolperstein für Georg Fröba

Nach jahrelangem Warten wird am 16. April 2015 in Darmstadt endlich der Stolperstein für Georg Fröba verlegt. Fröba, Mitbegründer der Darmstädter KPD und Funktionär der Textilgewerkschaft, wurde am 27. Oktober 1944 hingerichtet. Die Verlegung war immer wieder verschoben worden. Erst im vorigen Jahr hatte sich, wie berichtet, durch den Oberbürgermeister das offizielle Erinnern Darmstadts geändert. Nun folgt die Stolperstein-Verlegung. Die Kreisvereinigung der VVN-BdA hat die Patenschaft übernommen.

»tat«-Redakteur Hans Piechotta verstorben

Unser wohl ältestes aktives Mitglied der Frankfurter Kreisvereinigung, Hans Piechotta, ist am 15. Februar im Alter von 95 Jahren verstorben. Hans Piechotta war in den fünfziger Jahren als presserechtlich Verantwortlicher leitender Redakteur der antifaschistischen Wochenzeitung »die tat«. Später war er auf Kreis- und Landesebene aktiv, bevor er aus gesundheitlichen Gründen nur noch seltener ins politische Geschehen eingreifen konnte.
Er war und blieb sein Leben lang, wie er es einmal selbst formuliert hat, »ein bekennender Kommunist und Gewerkschafter«. Er gehörte zu den Menschen, die in schwierigen Situationen eher an Kraft gewannen. Auf ihn war Verlass. Er war zugleich ein liebenswürdiger und hilfsbereiter Kamerad, Kollege, Genosse und Freund.



Fotos: Dietmar Treber

Verständliche Wut

Autor und Theatermacher Michael Herl schrieb in der »Frankfurter Rundschau« über den Widerstand gegen die Pegida-Aufmärsche: »Die einen gehen zu großen Kundgebungen, andere direkt dorthin, wo die Pegida-Leute sich treffen. Ihnen ist es zu wenig, nur durch pure Anwesenheit ihren Protest zu zeigen. Sie wollen die direkte Konfrontation. Wollen die sehen, die ihnen Angst machen. Dass ihre Furcht in Wut umschlägt, in traurige Wut, dass sie diese hinausschreien, wer soll ihnen das verdenken? ... Einige werfen Böller, Eier, Steine. Das ist nicht richtig. Das ist zu verurteilen. Doch ihre Wut, sie ist zu verstehen. Sie entstammt einem Unverständnis, einer Fassungslosigkeit, einer Ohnmacht gegenüber tumbem, durch nichts zu rechtfertigendem Menschenhass, dem mit Argumenten nicht mehr beizukommen ist. Und der Angst, es könnte wieder losgehen. Wer weiß, womöglich wäre der Welt viel Unheil erspart geblieben, hätten sich 1933 möglichst viele Menschen vermeintlich undemokratisch schreiend denen widersetzt, die da an die Macht strebten.« ***(FR, 3.2.2015).***

»Rassismus hat in Frankfurt keinen Platz«

Breites Bündnis

Mehr als 15.000 Menschen demonstrierten am 26. Januar 2015 in Frankfurt am Main gegen Pegida-Parolen und Pegida-Auftritte. Über 12.000 waren dem Aufruf des breitesten Bündnisses gefolgt, das es bisher in Frankfurt in solcher Sache je gab.

Dem »Frankfurter Aufruf für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit!« mit dem Motto »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Rassismus hat in Frankfurt keinen Platz«, haben neben Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Jugend-, Sport- und Sozialverbänden, antifaschistischen Organisationen und Initiativen (dabei selbstverständlich die VVN-BdA wie auch die weiter links stehende Frankfurter Anti-Nazi-Koordination) auch alle Parteien unterzeichnet. CDU und DKP fanden sich ebenso unter dem Aufruf wie die Jüdische und mehrere muslimische Gemeinden und Verbände. Schließlich waren es über zweihundert Organisationen und Initiativen, die sich zu den gemeinsamen Zielen bekannten.

Etwa 4.000 Nazigegner und Antirassisten traten zur selben Zeit dem Häuflein von nicht mal 100 Pegida-Anhängern, Rassisten und Neonazis direkt entgegen, die sich provokativ an der nahen Frankfurter Hauptwache versammelten. Im Lärm des Protestes ging die Pegida-Propaganda unter. Gleiches passierte in den Wochen danach, als die Pegida-Organisatoren sich (trotz abnehmender Teilnehmerzahlen) immer wieder aufstellten.

Mehrere Anti-Pegida-Gruppierungen und Bündnisse haben dazu aufgerufen, diesen Pegida-Auftritten, an denen stadtbekannte Neonazis mitwirken, entgegenzutreten. So soll dafür gesorgt werden, dass die Feststellung »Rassismus hat in Frankfurt keinen Platz« auch durchgesetzt wird, ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen über Aktions- und Verhaltensweisen – auch gegenüber der Polizei, die auftragsgemäß, mehr oder minder offensiv bis aggressiv alles tut, um die Rassistenauftritte abzusichern. Daraus erwachsende Auseinandersetzungen können schnell vom Hauptgegner ablenken und zu falschen Frontstellungen führen.

P.C. Walther

Römerberg bleibt Aktionsstätte

Nach der beeindruckenden Antipegida-Kundgebung am 26. Januar auf dem Frankfurter Römerberg wird Frankfurts Stadtmitte auch in den nächsten Wochen eine wichtige Aktionsstätte bleiben:

Am 6. April, am Ostermontag, findet hier ab 13 Uhr die Abschlusskundgebung des Ostermarsches statt. Die Frankfurter VVN-BdA wird auch diesmal mit dem VVN-Info-Stand beteiligt sein.

Am 1. Mai ist der Römerberg traditionell der Ort der Mai-Kundgebung des DGB. Auch dabei werden wir mit unserem VVN-Info-Stand vertreten sein.

Am Freitag, dem 8. Mai 2015, zum 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, steigt dann von 14 bis 21 Uhr unser großes »Fest der Befreiung«. Über zehn Musik-, Gesangs- und Künstlergruppen treten auf. Zum großen Unterstützerkreis gehören neben dem DGB, weiteren Gewerkschaften, dem Frankfurter Jugendring, der Jüdischen Gemeinde, mehrere Initiativen, Institutionen und Organisationen aus dem antifaschistischen, dem kirchlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen Spektrum auch Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung wie Pax Christi, DFG-VK und IPPNW. Das Fest wird um 14 Uhr mit einem Grußwort von Oberbürgermeister Peter Feldmann eröffnet.

Zwei Tage später, am Sonntag, dem 10. Mai, findet von 11 bis 13 Uhr auf dem Römerberg die schon zur Tradition gewordene Öffentliche Lesung zum Jahrestag der Bücherverbrennungen statt, ebenfalls veranstaltet von der VVN-BdA.

Gedenken an die Häftlinge des KZ Katzbach

1.600 Stoffbinden an Bäumen an zentralen Stellen des Stadtgebiets sollen am 21. März in Frankfurt an die rund 1.600 Zwangsarbeiter erinnern, die von August 1944 bis März 1945 im KZ Katzbach der Adlerwerke inhaftiert waren, was ebenso wie die Todesmärsche vielen von ihnen das Leben kostete.

In den über 500 Fällen, in denen die Namen der Toten noch festzustellen waren, tragen die Stoffbinden jeweils einen dieser Namen.

Die Aktion, initiiert und organisiert von der Kunstpädagogin Stefanie Grohs, ist der diesjährige Teil des Gedenkprogramms, das die Stadt Frankfurt nach Jahrzehnten der Zurückhaltung und Untätigkeit vor einem Jahr auf den Weg brachte.

Helfer zum Anbringen der Stoffbinden am 21. März an den dafür vorgesehenen Stellen werden noch gesucht. Um Anmeldung unter www.mittenunteruns.de wird gebeten.

Bus nach Buchenwald

Zu den Veranstaltungen am 12. April in der Gedenkstätte Buchenwald fährt von Frankfurt aus ein Bus. Abfahrt ist um 10 Uhr am DGB-Haus (Wilh.-Leuschner-Str. 69/77); Rückfahrt gegen 16 Uhr. Kostenbeitrag 20 Euro. Anmeldung beim DGB: Tel: 069-27300577, Fax: 069-27300579, E-Mail: frankfurt-main@dgb.de bzw. bei der VVN-BdA: c/o Tel.: 06195-900846, E-Mail: vvn-bda-ffm@web.de

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

Ehrengräber in Hannover

Ein Friedhofsspaziergang im Herbst

Auf den Friedhöfen Hannovers gibt es derzeit rund 135.000 Grabstätten. 70 von ihnen sind Ehrengräber. Sie gelangten in diesen Rang „auf Beschluss des Rates der Landeshauptstadt Hannover« und drückten „die Anerkennung und den Dank der Stadt gegenüber dem Verstorbenen« aus, wie eine Broschüre erklärt. Man findet in dieser Liste Bürgermeister, Geistliche, Stifter, Künstler, Technikpioniere, Generäle, immerhin zwölf nicht näher bezeichnete „Verfolgte des Naziregimes« (Stand 2010) und eine Gedenkstätte für die Opfer des Kapp-Putsches.

Allein 57 Ehrengräber liegen auf dem Friedhof Engesohde in Hannovers Südstadt. Er wurde vor 150 Jahren angelegt, als Ersatz für die alten innerstädtischen Friedhöfe. So reizvoll es für den Stadthistoriker wäre, den Pfad der Ehrengräber dort abzuschreiten und daran die jeweilige Stadt- und Ideologiehistorie zu studieren, wir begnügen uns hier mit drei Grabstätten von überregionaler historischer Bedeutung.

Otto von Emmich

Der General der Infanterie und Ehrenbürger Hannovers galt als „Held von Lüttich«. Er kommandierte einen Teil der Truppen, die 1914 die belgische Festung bei dem völkerrechtswidrigen Überfall eroberten und für die Ermordung von über 5.000 Zivilisten und die Verwüstung zahlreicher Dörfer verantwortlich waren – als Repressalie wegen angeblicher Angriffe durch „francstireurs«. Nachdem der „Schlieffenplan« gescheitert war, zog er an die Ostfront, wo erkrankte. 1915 verstarb er in Hannover, wo er mit großem Pomp bestattet wurde. Die Stadt errichtete ihm dies gewaltige Ehrengrab. 1933 benannten die Nazis auch einen prominenten Platz nach ihm, den umzubenennen bisher noch niemand den Mut fand.

Gustav Noske

Jenseits aller plakativen Klischees ist es schwierig, diesen Mann einzuordnen. Der Widerpart Bebels in der Militär- und Kolonialpolitik, der „Bluthund« als Reichwehrminister, später abgeschoben auf den Posten des preußischen Oberpräsidenten in Hannover. Von Göring abgesetzt. Als Mitwisser der Widerstandspläne von Beck/Goerdeler nach dem 20. Juli in Fürstenberg/Havel und später in Berlin-Moabit inhaftiert. Er verstarb 1946 in Hannover. Er war Antikommunist durch und durch, wohl kein Antisemit, aber davon überzeugt, „dass die ostjüdischen ›Marxisten‹ eine besondere Veranlagung dafür besaßen, den Sozialismus zu einem Dogma auszubilden und Gemeinplätze in Glaubensbekenntnisse zu verwandeln ...«



Aurelia „Orli« Wald

An den Engel von Auschwitz wurde in der letzten *antifa* erinnert. Ihr Ehrengrab kann man nahe der beiden anderen genannten finden. Seit 2007 trägt auch eine schattige Allee entlang der Ostseite des Friedhofs ihren Namen.

Reinhold Weismann-Kieser

Jahreshauptversammlung der VVN Peine

Solidarität im Focus

Bei der Jahreshauptversammlung der Peiner VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten wurde Peter Baumeister einstimmig als Vertreter für die Landesdelegiertenkonferenz Ende Februar in Hustedt gewählt. In seinem Rückblick knüpfte er an die beeindruckende Darbietung zum „Tag der Befreiung« am 8. Mai 2014 an und hob hervor, dass auch in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-Wilhelmschule den Tag gestalten werden. Rund um den 70. Jahrestag der Befreiung sind weitere Aktionen geplant. Udo Meyer regte an, am Tag zuvor eine „Zukunftswerkstatt« durchzuführen, um Perspektiven für eine antifaschistische und demokratische Gesellschaft zu diskutieren. Außerdem schlug er vor, am 25. Juli gemeinsam das Sommerfest der antifaschistischen Begegnungsstätte „Heideruh« in der Nordheide zu besuchen, wo ein umfangreiches Kulturprogramm angeboten wird.

Der DGB-Vorsitzende Frank Raabe-Lindemann informierte die Anwesenden über Aktionen der IG Metall. So werde die IG Metall am 8. Mai in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine große Veranstaltung unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – Wir vergessen die Opfer nicht« durchführen. Zu den Rednern gehöre auch Sally Perel, der ehemalige Peiner Bürger jüdischer Herkunft. Für Schülerinnen und Schüler würden kostenlos Busse angeboten. Ferner will Frank Raabe-Lindemann einen Infostand zum Thema „Rechtsextremismus in der Region« organisieren. In der Diskussion wurde der Vorschlag unterbreitet, sich stärker mit der Flüchtlingsproblematik zu beschäftigen, eine Patenschaft zu übernehmen.

Zum Schluss bat Peter Baumeister die Mitglieder, sich mit aller Kraft für einen Erfolg des „Festes der Kulturen« am 6. Juni in der Peiner Innenstadt einzusetzen.

Peter Baumeister

Interview mit Joel, 15, dem jüngsten VVN-Mitglied in Wolfsburg

»Die VVN ist da«

VVN WOB: Joel, warum hast du dich in der VVN/BdA organisiert?

Joel: Die VVN engagiert sich hier in Wolfsburg und in anderen Städten wie Bad Nenndorf, Braunschweig immer bei Demos. Egal, ob gegen einen Infostand der NPD in der Innenstadt protestiert werden muss oder gegen die „Deutsche Stimme« in Riesa – oder gegen Bragida – die VVN ist da mit ihrer Fahne und den Tüchern. Nach Riesa sind wir mit einem Kleinbus gefahren – da habe ich noch einen Freund mitgenommen. „Feine Sahne Fischfilet« ist aufgetreten, das war voll gut.

VVN WOB: Du hast einmal gesagt, dass du es auch wichtig findest, an die Naziverbrechen zu erinnern.

Joel: Ja, das ist gerade hier in Wolfsburg wichtig, weil diese Stadt von Hitler gegründet wurde. Hier gab es vor 1938 nur Dörfer. Dann hatten wir hier ein KZ-Außenlager von Neuengamme und Baracken für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Wir haben eine große Gedenkstätte. Da liegen über 400 Opfer – auch Kinder, die nur einen Tag alt wurden. Ich finde es gut, dass wir mit der VVN nach zwei Jahren erreicht haben, dass diese Kinder eine Gedenktafel in dem Dorf bekommen haben, in dem das sogenannte Kinderheim des Volkswagenwerkes stand. Da sind über 350 Kinder gestorben! Alles wegen des Rassismus. Und weil es immer noch so viel Rassismus gibt, will ich etwas dagegen tun.

VVN WOB: Du interessierst dich auch für Flüchtlinge?

Joel: Ja, als Nächstes möchte ich ein oder zwei Jugendliche mit zu meinem Judo nehmen. Hoffentlich klappt das.

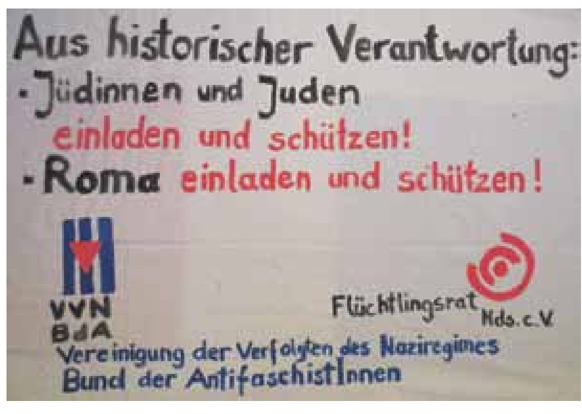
VVN WOB: Viel könnten wir noch besprechen – vor allem möchte ich dir aber unbedingt dazu gratulieren, dass du gerade zum Stadtschulsprecher gewählt wurdest und dass du für den Jugendpreis beim „Wolfsburger des Jahres« vorgeschlagen wurdest – umwerfend! Wir drücken die Daumen!

Das Interview führte Mecki Hartung

VVN/BdA Wolfsburg fordert Stopp von Roma-Abschiebungen

Historische Verantwortung anerkennen

Schon seit 2009 gibt es eine gemeinsame Faltblatt- und Unterschriftenaktion gegen die Abschiebung von Roma aus Niedersachsen vom Flüchtlingsrat und der VVN/BdA. Aus aktuellem Anlass – die Abschiebungen haben in letzter Zeit wieder stark zugenommen – erneuert die VVN in Wolfsburg ihr Engagement für diese Aufklärungs- und Unterschriftenaktion. Am 26. Februar hat sie eine Aktion vor der Flüchtlingsunterkunft in der Suhler Str. 3 mit dem Ziel gestartet, die Öffentlichkeit aufzurütteln und die Flüchtlinge zu schützen. Hier eine gekürzte Fassung des Faltblattes; auf der Homepage des Flüchtlingsrates Niedersachsen ist die vollständige Fassung nachzulesen. Dort kann die Resolution auch online unterschrieben werden.



Hat die Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgestaat des Hitler-Regimes aus der Vergangenheit gelernt? Ihr Umgang mit Sinti und Roma nährt vorhandene Zweifel: Der Aufenthalt von kosovarischen Roma-Flüchtlingen ist in Deutschland nicht gesichert.

Völkermord der Nazis

Der Rassenwahn der Nazis erfasste mit dem „Blutschutz-« und dem „Ehegesundheitsgesetz« ab 1935 auch Sinti und Roma. Zur „Reinerhaltung des deutschen Blutes« sollten keine Ehen von Deutschen mit „Zigeunern, Negern und ihren Bastarden« geschlossen werden. Sinti und Roma waren medizinischen Versuchen ausgeliefert, sie wurden sterilisiert und mussten Zwangsarbeit, z. B. in Rüstungsbetrieben, leisten.

Der geplante Völkermord an den Sinti und Roma wurde brutal in die Tat umgesetzt. In Ghettos, Gefängnissen, Zuchthäusern und KZs mussten sie Erniedrigungen, Verletzungen, Brutalitäten ertragen, bevor letztlich über 500.000 von ihnen an Orten wie Bergen-Belsen, Buchenwald, Auschwitz-Birkenau und Theresienstadt ermordet wurden.

Kampf um Entschädigung

Entschädigungsleistungen wurden den anspruchsberechtigten Sinti und Roma im Nachkriegsdeutschland zunächst gänzlich vorenthalten. Es konnten Einzelanträge gestellt werden, die aber meist abgelehnt wurden oder so erstaunliche Entschädigungssummen wie DM 53,- oder DM 124,- („Rückerstattung der Rassen-Sondersteuer« bei der Lohnsteuer) zur Folge hatten.

Als die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma 1979 mit einer Kundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen und 1980 mit einem Hungerstreik im KZ Dachau verzweifelt auf sich aufmerksam machte, veranlasste dies den Bundestag 1981, über eine Pauschalentschädigung von bis zu DM 5.000,- für bisher noch nicht entschädigte und noch lebende Verfolgte des NS-Regimes zu entscheiden.

Erst 2008, 63 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, wurde in Berlin der erste Spatenstich für ein Mahnmal getan, das an das Schicksal der Sinti und Roma erinnern soll.

Krieg und Ausgrenzung in Osteuropa

Doch die späte Erinnerung hat nicht dazu geführt, dass sich Deutschland seiner aus der Vergangenheit erwachsenen Verantwortung für das Schicksal der Roma im heutigen Europa gestellt hätte. Dies zeigt der Umgang mit Roma-Flüchtlingen, die Schutz vor Verfolgung in Deutschland gesucht haben.

Vor und während des Kosovokrieges kam es im Kosovo zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Roma. Armut und Diskriminierung, Arbeitslosigkeit von 90 Prozent, Ausschluss vom sozialen Sicherungssystem und von ärztlicher Behandlung sind traurige Gegenwart. Von einem „Leben in Sicherheit und Würde« kann für Roma keine Rede sein, und es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich die Lage der Roma im Kosovo in naher Zukunft verbessern wird, denn es gibt immer neue Wellen ethnischer Gewalt.

Roma-Flüchtlinge in Deutschland

Etwa 23.000 der geflüchteten Roma leben heute in Deutschland – nur mit einer Duldung.

Bis November 2008 hat die UN-Verwaltung in Kosovo (UNMIK) Abschiebungen von Roma und Serben in den Kosovo verhindert. Doch jetzt hat sich die neue kosovarische Regierung unter politischem Druck aus Deutschland und anderen europäischen Staaten in einem „Rücknahme-Abkommen« bereit erklärt, auch Roma-Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Es ist zu befürchten, dass diese Zusage von deutscher Seite genutzt werden wird, um alle geduldeten Roma abzuschieben. Das Abkommen betrifft auch Menschen, die mehr als zehn Jahre in Deutschland leben, darunter Kinder, die hier geboren sind und außer Romanes nur deutsch sprechen.

Wir wenden uns mit einer Unterschriftenaktion an staatliche Vertreter auf allen Ebenen (Abgeordnete aller Parlamente, Innenminister, Bundesregierung usw.) und fordern mit Nachdruck endlich einen sensiblen Umgang mit den Angehörigen von Gruppen, die während des Faschismus verfolgt wurden!

Es ist unglaubwürdig, wenn wir zwar den faschistischen Völkermord an Sinti und Roma als Verbrechen brandmarken, den Roma jedoch gleichzeitig unseren vorbehaltlosen Schutz verweigern. Ein Leben in Sicherheit und Würde ist im Kosovo für Roma praktisch unmöglich, daher muss Roma-Flüchtlingen ein sicherer Aufenthalt in Deutschland möglich sein.

Für ein sicheres Aufenthaltsrecht auch für Roma!
Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo!
www.nds-fluerat.org/keine-abschiebung-von-roma-fluechtlingen/

»Nichts ist vergessen und niemand«

26. April 2015, 13.30 Uhr, Hörsten, Sowjetischer Kriegsgefangenenfriedhof. Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen und der sowjetischen Kriegsgefangenen

Wir gedenken der mehr als 20.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die unter schrecklichen, unmenschlichen Bedingungen starben. Die Nazis sperrten die Soldaten der Roten Armee auf blankem Boden im Freien ohne jeglichen Schutz gegen Eis, Schnee und Wind ein. Dabei missachteten sie den Kriegsgefangenenschutz der Genfer Konvention. Die sowjetischen Soldaten versuchten mit bloßen Händen oder mit Löffelteilen Höhlen zu graben – aber es war fast sinnlos.

Im Winter 1941 verhungerten, erfroren oder starben an Krankheiten wie Typhus mehr als 14.000 dieser meist sehr jungen Soldaten. Viele von ihnen wurden auch brutal von der SS erschlagen.

Begrüßung: Mechthild Hartung (VVN/BdA Nds.) Grußwort des Vertreters der Botschaft von Belarus (angefr.) Ansprachen: Eberhard Radczuweit, (KONTAKTE/ KOHTAKTbI), Ralf Müller, IG-Metall-Jugendsekretär Celle/Lüneburg, Mitglieder des Internationalen Jugend Work Camps Bergen-Belsen Es singt der russische Chor „Blagovest«, Hannover. Eine Veranstaltung von VVN/BdA Nds. und DGB Nord Ost Nds.

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen. Redaktion: Michael Rose-Gille

NORDRHEIN-WESTFALEN

Interview mit dem Dortmunder SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Schilff

»Ich wünsche mir mehr Aufrechte und Unbequeme«

Ulrich Sander: Es gibt dies nicht oft: Auf der Website des Fraktionsvorsitzenden einer Großstadt im Ruhrgebiet steht unter Vereinsmitgliedschaften: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten. Herzlichen Glückwunsch, lieber Norbert, zur Wahl. Eigentlich liegt diese nahe bei einer Stadt wie Dortmund, die sich seit kurzem »Stadt des Widerstandes« nennt und jährlich in der Bittermark Gedenkkundgebungen veranstaltet. Welche Aufgaben kommen da auf dich zu?

Norbert Schilff: Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Eigentlich ist das für mich selbstverständlich, die VVN auf der Website zu nennen, immerhin bin ich seit 1980 Mitglied und war in den neunziger Jahren auch mal Kreisvorsitzender. Zurzeit versuche ich, einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen, das ist angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen eine ständige Herausforderung. Ja, auf die jährliche Veranstaltung in der Bittermark können wir zu Recht stolz sein, wie auch z. B. auf die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

Dortmund hat ein gewaltiges Neonaziproblem – aber auch eine bisweilen hässliche Fremdenfeindlichkeit der sogenannten »Mitte«. Vor zwei Jahren dann die Kampagne gegen Roma in der Nordstadt, an der Teile der SPD nicht unschuldig waren. Du hast dir nun besonders für die Nordstadt einiges vorgenommen, war in Medien zu erfahren.

Das ist schon kurios, während die absoluten Wählerstimmen für die Rechten sich in den letzten Jahren fast halbiert haben, ist die Szene inzwischen weit über Dortmund hinaus bekannt, nicht erst seit dem Sturm auf das Dortmunder Rathaus am Wahlabend der Kommunalwahlen, sondern durch die vorausgegangene Entwicklung. Eine große gewalttätige Naziszene war entstanden, mehrere Morde an Gegnern der Nazis, Versuch der Verankerung unter dem Motto »Dortmund ist unsere Stadt«. Eine Lüge. Ich bin sehr stolz auf ein sehr breites Bündnis von vielen gesellschaftlichen Kräften, das sich dieser Entwicklung entgegenstemmt, auch in der Nordstadt.

Dortmund hat eine große Tradition der antifaschistischen Erinnerungsarbeit. Daran hast du großen Anteil. Wie kam es dazu?


Norbert Schilff (56 J.), VVN-Mitglied und SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der Stadt Dortmund

Dortmund hat seit 1945 diese große antifaschistische Tradition. In der bin ich einfach groß geworden, das hat mich schon als Schüler geprägt. Dazu kommen die familiären Wurzeln. Mein Großonkel wurde schon 1933 in der Steinwache als Kommunist von der Gestapo tot geprügelt und mein Vater landete als aufsässiger Sozi in einer Strafkompanie. Da muss man sich einfach engagieren, allerdings glaube ich auch, dass in den siebziger Jahren die politische Bildung weiter war, leider!

Als du zuerst in der VVN-BdA aktiv warst, da galt noch uneingeschränkt: Nie wieder Faschismus und Krieg. Seit Jahren ist der zweite Teil immer mehr zurückgedrängt worden. Doch dann kam es zur gefährlichen Krise in der Ukraine, wo ultrarechte Politiker mit Hilfe auch deutscher Politiker an die Macht kamen und begannen, sich an der NATO-Politik gegen Russland zu beteiligen. Da warst Du maßgeblich an der Erarbeitung einer Anti-Kriegs-Erklärung des gemeinsamen Komitees der Hinterbliebenen und heutigen Mitstreiter des Widerstandes beteiligt. Wird es in diesem Sinne weitergehen?

In der Erklärung hieß es u. a.: »Als Förderverein Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee sind wir besorgt über das Schicksal unserer Mitglieder in der ehemaligen Sowjetunion. Wir sind mit ihnen solidarisch. Wir fürchten um ihre Sicherheit vor den Angriffen rechter Kräfte. Jetzt sind antifaschistische Aktionen nötiger denn je, ebenso Aktionen für den Frieden!« Dem gibt es eigentlich nichts hinzuzufügen. Leider sind viele Menschen sehr unpolitisch geworden und meinen, sie können nichts ändern, das ist ein Irrtum. Ich wünsche mir mehr Aufrechte und Unbequeme. Wir brauchen öfter den Aufstand der Anständigen und damit meine ich nicht Pegida!

Siehst Du eine Zukunft für die Bewegungen der arbeitenden Menschen und der Friedensbewegung mit Hilfe auch wieder der Sozialdemokratie?

Norbert Schilff: Das möchte ich so nicht stehenlassen, viele Sozialdemokraten sind Teil der Friedensbewegung. Die Tendenz nimmt wieder zu. Dieses Jahr gibt es wieder viel mehr sozialdemokratische Unterstützung für die Ostermärsche. Nicht zu vergessen: Die Erklärung »Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!« Sie wurde von ehemals führenden SPD-Leuten mit initiiert.

Man hört manches von Friedenskongressen der SPD und neuen linken Formationen. Kann man das ernst nehmen?

Ich nehme jeden Menschen ernst, der sich für Frieden und Abrüstung einsetzt, das kommt in der Großen Koalition zu kurz!

In deinem Beruf bist du Gewerkschaftssekretär der EVG, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Derzeit erleben wir einen Streit bis hin zu Streiks der Lokführergewerkschaft nicht nur gegen die Bahn, sondern auch gegen die EVG-Kollegen. Siehst du eine Lösung im Sinne der Einheitsgewerkschaft, auch der Gewerkschafter, die sich mit der Geschichte der Reichsbahn im Faschismus befassen?

Die Großväter der Gewerkschaftsbewegung würden sich angesichts dieser Entwicklung im Grabe umdrehen. Aufgabe von Gewerkschaften kann es nicht sein, sich ausschließlich für Partikularinteressen einer einzelnen Berufsgruppe einzusetzen. Da bleiben viele Gruppen auf der Strecke. Interessant finde ich, dass die GDL Teil des Beamtenbundes ist und auch von ihm finanziert wird. Für mich gibt es keine Alternative zur Einheitsgewerkschaft, nicht zuletzt aus den schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik.

Ostermarsch Rhein Ruhr 2015

Kriege stoppen – Atomwaffen abschaffen – zivile Lösungen schaffen

Abschluss im Ruhrgebiet: Montag, 6. April, 16.00 Uhr, Dortmund Wichernhaus, Stollenstraße.
www.ostermarsch-ruhr.de

Gedenkveranstaltung

für die Gestapo-Opfer der Kriegsendphase: Freitag, 3. April, 15.00 Uhr, Mahnmal Bittermark

Treffen des Fördervereins Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee mit Erinnerungs- und Geschichtsinitiativen aus Orten mit Opfern der Kriegsendphase, Rathaus Dortmund am Donnerstag, 2. April, 15 Uhr. Anmeldung: ernstsoeder@aol.com.

#Bogida, #Dügida, #Kögida, #PegidaNRW, #Duigida:

Eine kleine islamfeindliche Bewegung im Akü-Wahn

Mit HoGeSa hat es angefangen: »Hooligans gegen Salafisten« nannten sie sich. Letztes Jahr – 2014 – machten sie gegen Salafisten mobil und konnten im Sommer mit mehreren Tausend Hooligans am Ende Köln erheblich in Unruhe versetzen und verängstigen. Später, im Herbst, keimte dann auch die Saat von Dresdens Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) in NRW auf.

Rechtspopulisten/-innen von pro NRW und German Defence League (GDL) und das gesamte NeoFa-Spektrum agieren hier erstmals Hand in Hand.

Seit dem 20. Oktober 2014 veranstaltete Pegida wöchentliche Demonstrationen in Dresden. Sie demonstrieren seitdem gegen eine von ihnen behauptete »Islamisierung«, gegen die »Lügenpresse« und die GEZ, gegen eine aus ihrer Sicht »verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik«. Aufbauen konnten sie dabei auf wutbürgerliche Proteststrukturen gegen lokale Flüchtlingsheime und geplante Moscheen. In wenigen Wochen stiegen die Teilnehmer/-innen-Zahlen von einigen Hundert auf mehrere Tausend. Dresden machte bundesweit Schule.



Münster am 30. Januar 2015: Das VVN-BdA-Transpi auf der Vorabdemo des Keinen-Meter-Bündnisses zu Münster gegen Pegida Teil 2. Foto: Jan Große Nobis, r-mediabase.eu

Der Anfang: Bonn, Düsseldorf, Köln

In NRW trat Pegida erstmals am 15. Dezember 2014 als Bogida in Bonn auf. Einen geplanten Marsch von ca. 200 Rechtspopulisten/-innen und Neofaschisten/-innen verhinderten jedoch 3.000 Gegendemonstranten/-innen von »Bonn stellt sich quer«. Angemeldet hatte die Demo die Beisitzerin im Parteivorstand von »pro NRW« Melanie Dittmer (»Es ist unerheblich, ob es den Holocaust gegeben hat.« – spiegel.de), die Mitte der neunziger Jahre Landesvorstandsmitglied der JN (»Junge Nationaldemokraten«) war.

Am 9. Dezember 2014 standen 450 Dügida-Demonstranten/-innen nahe dem Landtag in Düsseldorf 1.000 Gegendemonstranten/-innen gegenüber. Dittmer redete auch hier.

In Köln stoppten am 5. Januar 2015 mehr als 7.500 Gegendemonstranten/-innen die rund 500 Kögida-Teilnehmer/-innen. Angemeldet hatte Sebastian Nobile (ex-GDL). Er gestand ein: »Köln lässt uns nicht laufen« (Kölner Rundschau).

Wer ist denn nun das Volk?

Nach der verpatzten Demo in Köln – die Anzahl der Teilnehmer/-innen blieb weit hinter den Erwartungen zurück – krachte es im Orga-Team. Am 9. Januar teilte dann der neu ernannte Pressesprecher von PegidaNRW, Sebastian Nobile, mit, »dass sämtliche Veranstaltungen, die unter den Namen KÖGIDA, BOGIDA und DÜGIDA angemeldet und durchgeführt werden, keine PEGIDA-Kundgebungen mehr« seien. Melanie Dittmer und pro NRW hätten diese »für ihre eigenen Zwecke gekapert« – Dittmer sei raus! Pegida NRW kündigte daraufhin für den 19. Januar 2015 eine Aktion im Ruhrgebiet an.

Dittmer: Kögida und Dügida

Schon am Montag, den 12. Januar, zeigte sich, welch Geistes Kind die Demonstranten/-innen unter der Ägide von Dittmer sind: Am »Nazi-Aufmarsch« (ruhrbarone.de) nahmen »neben teils führenden Vertretern von Pro NRW und Menschen aus der PI-News-Gefolgschaft […] ebenso Vertreter der HoGeSa, Neonazis der Miniaturpartei Die Rechte (DR) sowie NPD-Vertreter« teil, so heise.de.

Es nahmen 350 Teilnehmer/-innen teil. Über 5.000 Menschen demonstrierten dagegen.

Die Dügida-Teilnehmer/-innen-Zahlen nahmen danach rapide ab: Am 19. Januar waren es noch 160, am 26. Januar 110, am 2. Februar 80 und am 9. Februar gerade einmal 50 – fast ausschließlich Rechtsextremisten/-innen. In Köln lief es nicht besser: 120 Kögida-Anhänger/-innen wurden am 14. Januar nach 300 Metern blockiert, am 21. Januar waren es 80. Danach wurde der Standort Köln aufgegeben.

Dagegen radikalisierte sich das Spektrum: »Hitler-Gruß, Horst-Wessel-Lied, verbotene Waffen – die Polizei nahm bei der ›Dügida‹-Demo […] mehrere Demonstranten fest«, so rp-online.de. Am 9. Februar war unter den Festgenommenen auch Christopher von Mengersen (pro NRW): Er wurde wegen Zeigens verbotener Symbole festgenommen.

Duigida – Rassismus ohne Die Rechte

Am 19. Januar startete dann Pegida NRW unter dem Label Duigida in Duisburg: Ganze 260 Menschen von Duigida standen 3.600 Gegendemonstrant/-innen gegenüber. Am folgenden Montag waren es dann 300 Duigida-Anhänger/-innen. Davon ein Drittel Hools, die sich dazugesellten. Am 2. Februar, der bisherige Anmelder Sebastian Nobile ist inzwischen ausgestiegen, waren es wieder weniger: nur 130 Mitstreiter/-innen konnten gezählt werden. Ex-Bandido Marco Carta übernahm die Rolle von Nobile. Wegen der Teilnahme von bekannten Neonazis aus Dortmund (Die Rechte) ließ Marco Carta kurzzeitig die Demo demonstrativ stoppen und lud diese explizit aus. Am 9. Februar kamen dann nur noch knapp 100 Anhänger/-innen– schließlich hatte man Die Rechte Dortmund ja ausgeladen.

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto: Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35 BIC (SWIFT): PBNKDEFF

Gegenproteste ohne -gida

Hervorzuheben sind hier noch viele Gegenproteste gegen Pegida in NRW-Städten, ohne dass Pegida-Ableger in Erscheinung traten. Exemplarisch seien hier Münster und Bielefeld genannt, wo jeweils 10.000 Menschen für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit demonstrierten.

Ausblick

Die Strategie ist in NRW nach hinten losgegangen: Die PegIdioten sind immer weniger, immer radikaler geworden. Die »besorgten Bürger/-innen« blieben aus. Sogar die AfD will nichts mit ihnen zu tun haben. Es hat sich aber eine neue Allianz gebildet: pro NRW distanziert sich nun nicht mehr von Hools, NPD und Die Rechte. Das bürgerliche Antlitz von pro NRW ist endgültig gefallen! Und die Zeiten von »klassischen« Neonazi-Aufmärschen, wo auf »Recht und Ordnung« geachtet wurde, sind vorbei! Hitler-Grüße, das Horst-Wessel-Lied, Pflastersteine, Messer, Pfeffersprays, quarzgefüllte Handschuhe und Teleskopschlagstöcke sind wieder »in«.

Pegida ist auf dem absteigenden Ast! Das Spektrum konnte am Anfang gerade einmal 500 Rechtsextreme aus ganz NRW mobilisieren. Jetzt sind es regelmäßig weniger als ein Hundert! Die Angriffe auf Flüchtlinge und auf Flüchtlingsheime haben dagegen seit Pegida bundesweit rapide zugenommen! Was bleiben muss: Der Protest gegen Pegida war und ist mehr als zehnmal so stark! Die Zivilgesellschaft muss diese geschaffene Solidarität weitertragen und praktisch werden lassen – auch nach dem Scheitern von Pegida!

Jan Große Nobis

Wiedereinweihung des 1993 abgerissenen VdN-Denkmals für das frühe KZ

Klingenthal erinnert sich

Klingenthal, im südlichen Vogtland gelegen. Unmittelbar an der Grenze zur Tschechischen Republik. Wer kennt nicht die Musikstadt Klingenthal, wo jährlich internationale Akkordeonwettbewerbe stattfinden. Hier stand bis 1993 am Marktplatz ein Denkmal für die Opfer des Faschismus mit der schlichten Inschrift »Wir mahnen«. Es wurde auf Beschluss des Stadtrates vom Dezember 1993 entfernt.

Klingenthal war 1933 eines der frühen KZ in Sachsen. Hier wurden zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterorganisationen verhaftet, gefoltert und gequält, bis sie im Mai 1933 in andere Lager überführt wurden. Stätten dieser Torturen waren die so genannte Bräcklein-Scheune, ein Gebäude hinter der Rundkirche, der Keller des Rathauses und später auch das Gewerkschaftshaus am Königsplatz. Der besondere Hass der Nazis richtete sich gegen Sozialisten, die aus der SPD ausgetreten waren und als erste in Deutschland im September 1931 eine Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) um den Lehrer Max Schlosser gebildet hatten. Diese Gruppe war durch ihr konsequentes und kluges Auftreten zum bestimmenden Faktor linker Politik im Oberen Vogtland geworden.



oben: Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Klingenthaler Marktplatz bis 1993

rechts: In dem neu errichteten Ort der Erinnerung sprechen Irmgard Meisel und Sonja Husova über die künftige Zusammenarbeit tschechischer und vogtländischer Antifaschisten

Bereits im Dezember 1993 protestierte die vogtländische VVN-BdA (damals: IVVdN) gegen den Abriss des Denkmals in einer Zeit des anschwellenden Neonazismus. Unterstützung fand sie bei der PDS, und sogar das sächsische Landesamt für Denkmalpflege forderte den Erhalt des Denkmals und seine Aufstellung im öffentlichen Raum. Paul Leonhardt, ein Überlebender der Klingenthaler Folterhölle, schrieb an den Bürgermeister: »Es lässt mich erschaudern, dass Stadtverordnete … der Mahnung ›Nie wieder Krieg und Faschismus‹ an die Überlebenden und deren Nachkommen den Stoß in die Verdammnis versetzt haben.«

Viele Jahre bemühte sich die VVN-BdA Vogtland – stets mit Unterstützung der PDS / Die Linke – um die Wiedererrichtung des Denkmals, welches auf dem Klingenthaler Bauhof achtlos herumlag. Selbst der Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde »Zum Friedefürsten« lehnte die Wiedererrichtung des Denkmals auf dem Friedhof der Kirchgemeinde ab.

Mit der Wahl eines parteilosen Bürgermeisters im März 2013 änderte sich die Haltung im Rathaus zum VdN-Denkmal. Im Oktober 2013 hob der Stadtrat seinen Beschluss von 1993 auf und billigte der VVN und der Klingenthaler Linken zu, das Denkmal im Rathaus, in einer der ehemaligen Gefängniszellen, öffentlich darzustellen. Eine Arbeitsgruppe machte sich unverzüglich daran, diesen Raum zu renovieren, das Denkmal hier zu installieren und eine kleine Ausstellung über die Vorgänge in Klingenthal im Frühjahr 1933 zu gestalten.

Am 27. Januar 2015, dem nationalen »Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus«, wurde dieser Ort der Öffentlichkeit übergeben. Zugegen waren neben Bürgermeister, Stadträten und Bürgern Klingenthals auch der Bürgermeister und Einwohner der tschechischen Nachbarstadt Kraslice. Thomas Hennig, Bürgermeister der Stadt Klingenthal, nannte die Tatsache, dass im Frühjahr 1933 im Keller des Rathauses Hitler-Gegner aller politischen Richtungen gefoltert wurden, einen dunklen Fleck in der Geschichte Klingenthals. »So etwas darf sich nicht wiederholen, deshalb muss man den Anfängen wehren«, sagte Hennig bei der Einweihung des Ortes der Erinnerung.

Peter Giersich

28.10.1922 - 29.12.2014

Edith Sparmann

Im Alter von 92 Jahren hat uns Edith Sparmann für immer verlassen. Von Jugend an setzte sie sich für eine bessere Welt des Friedens und des Sozialismus ein. Für ihr Engagement wurde sie von den Faschisten in das Frauen-KZ Ravensbrück gesperrt, aus dem sie erst im Mai 1945 wieder frei kam. Ab 1949 lebte sie in Dresden. Viele Jahre war sie Generalsekretärin des Internationalen Ravensbrück-Komitees. Ab 1995 leitete sie als Landesvorsitzende den Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V. in Sachsen. Wir bedanken uns für ein kämpferisches, arbeitsreiches Leben und werden unserer Edith Sparmann ein ehrendes Gedenken bewahren.

Landesvorstand Sachsen des VVN-BdA

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Schüler gestalten Gedenken im Erzgebirge

Dieser Tag, unter der Regie des VVN-BdA Annaberg gut vorbereitet, wurde zu einem einmütigen Bekenntnis der beteiligten zwei Gymnasien und zehn Oberschulen sowie vieler Bürger, Parteien, Gewerkschaften, des Netzwerkes Demokratie und Courage, der Kirche und der Stadt- und Kreisräte des Erzgebirgskreises. Wie in jedem Jahr war auch eine Delegation des VVN-BdA aus Aue und Schwarzenberg anwesend.

Nach einer kurzen Ansprache des Bürgermeisters von Annaberg und der Blumenniederlegung am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus fand eine Feierstunde in der Aula der evangelischen Gemeinschaftsschule statt. Die Gedenkrede hielt der Landrat des Erzgebirgskreises, Frank Vogel. Das von Schülern gestaltete Programm war für alle ein Höhepunkt und machte Mut, den gemeinsamen Weg im Kampf gegen alle Formen von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit weiter zu gehen und zu verstärken.

Im Altkreis Annaberg hat sich über die Jahre ein enges und starkes Bündnis entwickelt. An diesem Tag gedachten auch die Schulen in Ehrenfriedersdorf und Crottendorf, mit denen unser Verband einen Patenschaftsvertrag zur Pflege der dortigen antifaschistischen Ehrenmale abgeschlossen hat, mit eigenen Programmen der Opfer des Faschismus. Unsere Kameraden Horst Schwind und Gerhard Wächtler vertraten unseren Verband und sprachen zu den Schülern und Lehrern.

Die mit eigenen Beiträgen beteiligten Schulen erhalten ein Video über den Ablauf des Gedenktages, um damit den Geschichtsunterricht zu gestalten.

Karlheinz Köhler

V.i.S.d.P. Peter Giersich.
Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de
Spendenkonto: Commerzbank Dresden , BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00; (BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100)